

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Donnerstag, den 27. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Entwicklung der Kolonien.

Was wir kürzlich von Deutsch-Südwestafrika sagten, es gilt erst recht für die anderen Kolonien: es ist alles beim alten Zustand geblieben, von bemerkenswerten Fortschritten ist nichts zu spüren.

Seines Klimas wegen würde sich Südwestafrika für Europäer zur Siedlung eignen, aber da nur wenig ertragsfähiger Boden vorhanden ist und der Bergbau, bis auf ein einziges Unternehmen und den nur wenig Arbeitskräfte erfordernden und allem Anschein nach vorübergehenden Diamantensund, bisher nur Enttäuschungen gebracht hat, so ist die Erwerbsmöglichkeit und somit die Siedlung in Deutsch-Südwestafrika nur in sehr beschränktem Maße möglich, und das große Gebiet gleich immer noch einer ungeheuren wasserarmen Sandwüste mit vereinzelt Farmen. Die anderen Kolonien aber kommen, das steht heute fest, für eine Siedlung durch Weiße überhaupt nicht in Betracht, sie werden stets auf Eingeborenenkultur beruhen und daneben einigen europäischen Plantagenbesitzern Raum gewähren und Profite verschaffen. Da ihre Fruchtbarkeit nicht groß, ihr Klima ungesund und ihre Bevölkerung infolgedessen eine relativ geringe ist, werden sie wirtschaftlich sobald nicht eine Bedeutung für Deutschland erlangen.

Der Handel mit diesen Kolonien wird weit mehr als angewogen durch die ständigen großen Zuschüsse, die das deutsche Volk aufbringen muß. Aber diese Belastung ist ja noch nicht die geringste. Um die Kolonien im Kriegsfalle halten zu können, hat Herr v. Liebert dieser Tage wieder im Reichstage gesagt, bedürfte Deutschland einer entsprechenden militärischen Rüstung: einer Kolonialarmee und einer starken Flotte. Die deutsche Flottenpolitik wird gerechtfertigt durch den Kolonialbesitz. Hunderte von Millionen muß das deutsche Volk jährlich aufbringen, um wirtschaftlich bedeutungslose Gebiete in fernen Weltteilen militärisch halten zu können.

Daß die Kolonien von keiner großen Bedeutung sind, wenn sie sich zur Siedlung nicht eignen, und daß besonders die beiden größten Schutzgebiete, Südwestafrika und Ostafrika, die großen Opfer nicht wert wären, wenn sich in ihnen nicht eine große Produktion durch Europäer entwickeln lasse, hat man früher zugegeben. Aber wie für Deutsch-Südwestafrika die Hoffnung durch eine Aussicht auf große Mineralvorkommen geweckt und wachgehalten wurde, so sollte Deutsch-Ostafrika große Kaffee-, Tabak- und besonders Baumwoll-Produktionen ermöglichen, womit der deutschen Industrie und dem gesamten deutschen Volke große Vorteile erwachsen. Vor allem der Hinweis auf die Gewinnung von Baumwolle hat auch eine große Anziehungskraft ausgeübt. Aber diese Baumwollproduktion ist es in letzter Zeit sehr still geworden. Die Denkschrift, die diesmal mehr verschweigt als sie mitteilt, und, wie bereits bemerkt, sich die größte Mühe gibt, die Verhältnisse im schönsten Lichte erscheinen zu lassen, enthält nur dürftige Angaben über die weiteren Resultate mit der Baumwollproduktion. Aber die kurzen Bemerkungen lassen deutlich erkennen, daß bis jetzt nicht die geringsten Fortschritte gemacht worden sind und es an neuen Enttäuschungen nicht gefehlt hat.

Auch im Kalenderjahr 1908 konnte aus ganz Ostafrika nicht mehr als für 39 954 Mk. Baumwolle ausgeführt werden — und Deutschland gebrauchte für 476,5 Millionen Mark Baumwolle und im Jahre zuvor sogar für 551,4 Mill. Mark. Verlegen erklärt die Denkschrift über die Baumwollproduktion durch die Eingeborenen, es sei „zurzeit . . . noch kein abschließendes Urteil über den Ausfall der Versuche zu ihrer Einbürgerung möglich“. Aber sie muß ferner mitteilen, daß in den südlichen Küstenbezirken die Baumwollkultur „in ein stagnierendes Stadium getreten“ sei. . . Im Bezirk Rufiji wird sogar ein erheblicher Rückschlag befürchtet. Vielerorts hatte die Baumwolle im Berichtsjahr unter Trockenheit sowie Kränkelskrankheit . . . zu leiden, was das Ernteresultat „erheblich beeinträchtigt“. Die Erwerbsgesellschaften wollen auch keine Vorschüsse mehr geben, weil sie damit „schlechte Erfahrungen“ gemacht haben, und ohne Vorschüsse gehen die Eingeborenen gar nicht an den Anbau heran. Bei den europäischen Großbetrieben in der Baumwollkultur soll „eine befriedigende Vorwärtsbewegung zu verzeichnen“ sein. Weniger günstig aber habe sich die Entwicklung der Kleinbetriebe gestaltet. „Ein großer Teil der Kleinsiedler im Kilwa- und Sabanibezirk hat den Baumwollbau aufgegeben.“ Ob die Baumwollproduktion im Großbetrieb rentabel sein wird, ist aber noch nicht geklärt. „Für die Rentabilität der im Groß-

betrieb gewonnenen Baumwolle wird voraussichtlich die Bewässerungsfrage ausschlaggebend sein.“ Eine Reihe der „Praktiker“ ist aber bereits der Meinung, daß eine künstliche Bewässerung so teuer ist, daß sich die ganze Baumwollproduktion dann nicht lohne — und daran dürfte die Baumwollkultur in Ostafrika scheitern.

In Togo, wo die Baumwollkultur schon älter ist und die Verhältnisse für die Produktion wesentlich günstiger liegen, ist zwar ein Fortschritt zu konstatieren, denn es wurde im Jahre 1908 für 366 040 Mk. Baumwolle ausgeführt, gegen 230 888 Mk. im Jahre zuvor und 37 837 Mk. im Jahre 1903. Aber auch diese Mengen sind ganz bedeutungslos für den Bedarf der deutschen Industrie, und Togo ist viel zu klein, als daß seine Baumwollkulturen, die von den Eingeborenen angelegt werden, jemals eine Rolle spielen könnten. In Kamerun ist die Baumwollproduktion über die ersten Anfänge von Versuchen noch nicht hinausgekommen. Im Binneland soll die Qualität auch sehr schlecht sein, und es ist fraglich, „ob die hohen Transportkosten nach der Küste die Ausfuhr rentabel erscheinen lassen würden.“ Andere Kolonien kommen für die Baumwollkultur nicht in Betracht.

Bis jetzt sind die Versuche, in den deutschen Kolonien eine größere Baumwollproduktion zu entwickeln, von dem kleinen Togo abgesehen, als gescheitert zu betrachten. Jedenfalls aber ist noch kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß die Baumwollgewinnung in Deutsch-Ostafrika eine Aussicht hat, eine Bedeutung zu gewinnen.

Damit fällt aber auch jede Hoffnung, daß Ostafrika für Deutschland einen großen wirtschaftlichen Wert erhalte. Zur Besiedelung durch Weiße eignet sich Ostafrika nicht, wie die Denkschrift im vorigen Jahre selbst feststellte. Malaria, Rückfallfieber, Ruhr befallen die Europäer. Die weiße Bevölkerung beträgt daher in dem ungeheuren großen Gebiete nur 3387 Köpfe. Sie hat im Jahre 1909 um 542 Köpfe zugenommen, darunter sind aber nur 286 Gewerbetreibende und Ansiedler. Industriebetriebe gibt es in Ostafrika nicht. Die Eingeborenen treiben Landwirtschaft für den eigenen Bedarf. Darüber hinaus produzieren sie nur wenig. Von Eingeborenenkulturen wurde 1908 für 90 944 Mk. Kaffee ausgeführt, gegen 64 713 Mark im Jahre zuvor. Aber nicht einmal der für die Eisenbahnarbeiter nötige Reis konnte im Lande selbst erzeugt werden, denn es wurden im Jahre 1908 über 11 Millionen Kilogramm Reis eingeführt. Tabak haben die Eingeborenen für 50 017 Mk. gegen 59 969 Mk. im Jahre zuvor geliefert. Die Ausfuhr von Kopro aus Eingeborenenkulturen ist von 1 344 731 Mk. auf 806 202 Mark gefallen. Der Export an Kautschuk ist „erheblich zurückgegangen.“ Ebenfalls der Export der Zuckerrüben. Die übrige Produktion der Eingeborenen ist erst recht bedeutungslos. Die Europäer haben Kaffeeplantagen. In Tanga wurde im Berichtsjahre für 799 114 Mk. Kaffee ausgeführt, gegen 525 121 Mk. im Jahre 1903. Am Küstenschutz betrug die Ernte 49 796 Mark. Die Verlängerung der Wambarabahn soll „betend auf die Kaffeeproduktion“ einwirken. Sisal wird für rund 3 Millionen ausgeführt. Die gesamte Ausfuhr aus Deutsch-Ostafrika betrug im Berichtsjahre 10 873 856 Mark gegen 12 500 179 Mk. im Vorjahre, die Einfuhr 25 Millionen gegen 23 Millionen. Im Jahre 1899 betrug die Einfuhr 10 Millionen, die Ausfuhr 3,9 Millionen. Der Handel ist also immer noch ein sehr geringer, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes kaum merklich.

Von allen anderen Kolonien ist eine große Entwicklung überhaupt nicht zu erwarten. Infolge der Krisis ist der Handel von Kamerun stark zurückgegangen, die weiße Bevölkerung hat keine Zunahme erfahren, die Sterblichkeit der weißen Bevölkerung beträgt 3,017 Proz. Auch der Außenhandel von Deutsch-Neu-Guinea ist um 1/2 Million zurückgegangen, die Einfuhr nach Samoa um 284 000 Mk., während die Ausfuhr um 900 000 Mk. zugenommen hat. Die beste Entwicklung zeigt Togo, dessen gesamter Außenhandel 14 402 704 Mark betrug, gegen 12 615 293 Mk. im Jahre 1907 und 3 646 409 Mk. im Jahre 1908.

Aus alledem ergibt sich zum mindesten, daß die Entwicklung in „unseren“ Kolonien eine geringe ist und aller Voraussicht nach sich daran nichts ändert, und daß sie deshalb auch dem deutschen Volke für die gewaltigen Opfer, die es bisher bringen mußte und die auch fernerhin noch von ihm verlangt werden, einen Ersatz nicht bieten werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag.

beschäftigte sich im ersten Teile seiner Mittwochsitzung weiter mit kolonialen Dingen. Nachtragsetat und Rechnungsjahren. Rechte und Linke, Trendt, Storz und Lattmann woben dem Staatssekretär Dernburg mehr oder minder stark duftende Ruhmeskränze; Herr Lattmann versuchte sich außerdem ein bißchen auf dem Gebiete der Sozialisteneinwirkung, wohl um Eindruck auf den Kronprinzen zu machen, der von der Hofloge herab parlamentarische Studien trieb. Mit Behagen strich Herr Dernburg die Lobeserhebungen ein, die ihm so reichlich zuteil wurden. Daß alles, was gefordert wurde, bewilligt ward, bedarf kaum noch besonderer Erwähnung.

Nach wurden die Rechnungssachen erledigt. Der Nationalliberale Gärke und der Zentrumsmann Erzbberger deckten dabei allerhand horrenden, allerdings mehr lächerliche als empfindende Schlamperereien auf. Der Reichsfinanzsekretär versprach Abhilfe, ohne viel Glauben im Hause zu finden.

Der zweite Teil der Sitzung war dem Militäretat gewidmet. Der erste Redner war Herr Haessler vom Zentrum, ein Ex-General, relativ vorurteilsfrei, nicht ohne moderne Anwendungen, augenscheinlich sehr kenntnisreich. Haesslers Kritik überschreitet nirgends die Schranken, die ihm seine Eigenschaft einerseits als Offizier, andererseits als Zentrumsmann ziehen, aber immerhalb dieser nicht sehr weiten Grenze brachte und bringt er manches vor, was wir völlig unterschreiben können. Nur darf man natürlich nicht auf Grund oppositioneller Zentrumsreden oppositionelle Zentrumsstärken erwarten. — Allerhand Wünsche, die bisweilen fortschrittlich ausjagen, brachte auch der Nationalliberale Dahn vor; die Rede klang aber ans in unverfälschtem Chauvinismus. Die englischen Wahlen mußten dazu dienen, den Abriistungsgedanken abzulehnen, wobei Herr Dahn sich nicht gerade hervorragend orientiert über englische Verhältnisse zeigte.

Wieder blieb es der Sozialdemokratie vorbehalten, prinzipielle Abrechnung mit dem Militarismus zu halten. Genosse Stäcklen bejorgte diese Abrechnung in kraftvoller und zugleich in formgerechter Weise. Am Schluß der Bonner Vorreden wurde die militärische Klassenjustiz nachgewiesen; an den zahlreichen Fällen sehr unmillitärischer Verwendung der Soldaten die Möglichkeit gezeigt, selbst im Rahmen des heutigen Systems die Dienstzeit abzukürzen. Der Redner verstand es, das Haus von Anfang bis zu Ende seiner Ausführungen zu fesseln.

Die Erwiderung des Kriegsministers bewegte sich auf gewohnten Geleise. Herr v. Heeringen verfiel nicht in die Schnoddenigkeit gewisser Vorgänger, bewies sich aber auch keineswegs als Meister der Debatte. Mehr als einmal erregte er die Beworzung des Adels in der Armee leugnete. Zu glauben scheint er ja alles, was er sagt. Aber Ehrlichkeit allein tut's schließlich nicht. Eine Robomontade des Reichsverbandsgenerals Liebert, den Vizepäsident Spahn trotz aller Vertagungsruhe in später Stunde noch sein Versteck sprechen ließ, machte den Abschluß des ersten Tages der Militärdebatte.

Am Freitag Fortsetzung.

Zur Reform des Militärstrafgesetzbuches.

Die „Berliner Pol. Nachrichten“ teilen erneut mit, daß eine Reform des Militärstrafgesetzbuches, weil das selbe nur eine Ergänzung des allgemeinen Strafgesetzbuches darstelle, erst nach der Reform dieses Gesetzes in Angriff genommen werden könne. Bei einer Reform des Militärstrafgesetzbuches soll dann auch die Frage der Einführung von Geldstrafen statt der Haftstrafen bei geringen militärischen Vergehen der Personen des Beurlaubtenstandes erwogen werden.

Der Kampf um den Diamantenregen.

Die „Deutsche Tageszeitung“, der seinerzeit das geharnischte Telegramm des Lüderibucher Bürgermeisters Kräplin gegen Dernburg und seine Diamantenpolitik zugeht, veröffentlicht in der Dienstag-Morgenausgabe ein Telegramm ähnlichen Inhalts aus Keetmanshoop. In der Beschwerde wird ausgeführt, daß die Gesellschaften mit überwiegender Schutzgebietenbeteiligung vom Januar bis November 1909 nur 3 389 596 Mark Erlös aus der Diamantensicherung hatten, die heimischen Kapitalistenkonzerns aber, die den Schutzgebieten inlassen die Beteiligung verweigerten und selbst so gut wie nicht in der Kolonie vertreten seien, 8 220 128 Mk. Es heißt dann weiter:

„Die Deutsche Diamantgesellschaft“ (eine der heimischen Gesellschaften) erlöste bis Ende Dezember 1909 1 983 268 Mk., profitiert also, falls der bisherige geringe Betrieb beibehalten wird, bis Anfang April 1911 sieben

Millionen Mark; sie soll außerdem 5 Prozent von den anderen Gesellschaften erhalten ohne wirkliche Gegenleistung. Wir bitten zu verhindern, daß die „Deutsche Diamantgesellschaft“ nach dem 1. April 1911 irgend ein Abbaurecht erhält, damit nicht der Landesfiskus und wir Landeseinwohner um Hunderte weiterer Millionen geschädigt werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ identifiziert sich natürlich mit der Forderung der Reilmanshooper Siedler.

Die Budgetkommission des Reichstages
erschloß am Mittwoch den Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Von zwei angeforderten Zahlmeisterstellen wurde eine, und von 34 Sitzzahlmeisterstellen 8 gestrichen.

Für Bauten (darunter für ein neues Gefängnis für Eingeborene) wurden 363 800 Mk. verlangt und bewilligt. Weiter wurden bewilligt: Für Wegebauten, Brunnen und Wasserleitungen 556 000 Mk., Beihilfen für Straußenfarmen 50 000 Mk., Entschädigung von Farmern für erlittene Viehverluste 20 000 Mk., Unterstützung von Schulverbänden 50 000 Mk., für Beschaffung von Pferden für die Landespolizei 186 000 Mk., zur Verhütung des Schmuggels an der Südgrenze und zur Erforschung der noch unbekanntem Teile der Kolonie je 50 000 Mk. Eine lange Debatte wurde über den mit der Kolonialgesellschaft abzuschließenden Vertrag geführt; es soll in der Presse nicht darüber berichtet werden.

Der starke Mann für die preussische Wahlrechtsreform.

Ein Berliner Blatt, das enge Beziehungen zur Beamtenchaft zu haben vorgibt, will von eingeweihter und zuverlässiger Seite erfahren haben, daß der Kaiser die Befürchtung hat, der Reichskanzler könne als preussischer Ministerpräsident über die Wahlrechtsvorlage stolpern, womit er natürlich auch als Reichskanzler ausgeschaltet werde. Um das zu verhüten, soll der Kaiser dem Gedanken nicht abgeneigt sein, die Stelle des preussischen Ministerpräsidenten von der des Reichskanzlers zu trennen. Als Ministerpräsident sei der Finanzminister Freiherr von Helldorf auszuwählen, der sich der Sympathien des Abgeordnetenhauses in hohem Maße erfreue, und dem bei der Wahlrechtsreform manches gelingen könnte, an dem andere scheitern würden. Herr von Helldorf, dem ganz besonderer Ehrgeiz nachgerühmt wird, sei schon zweimal überaus glücklich und nur dadurch zu bewegen gewesen, im Amt zu bleiben, daß ihm hohe Auszeichnungen zuteil geworden sind.

Es ist natürlich nicht nachzuprüfen, in wie weit die Meldung des betreffenden Blattes den Tatsachen entspricht, immerhin scheint die ganze Situation auf eine beratige Trennung der beiden Posten hinzudeuten.

Sollen die Schiffsabgaben?

In der Frage der Schiffsabgaben scheint es noch in zwölfter Stunde zu einer entscheidenden Wendung zu kommen. Bekanntlich sind die Stimmen Württembergs im Bundesrat ansichtslos abgegangen, ob die auf eine Änderung der Reichsverfassung gerichteten Pläne Preußens Annahme finden oder nicht. In eine Zustimmung Württembergs zu den Schiffsabgaben wäre nicht zu denken gewesen, wenn nicht die württembergische Regierung der Meinung wäre, durch diese Zustimmung und durch den Eintritt in den Wasserstraßen-Zweckverband — wie Preußen ihn plant — die Kanalisierung des Neckars zu erreichen. Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung Württembergs geradezu eine Lebensfrage; der Stand der Frage ist aber durch die wenig entgegenkommende Haltung der badischen Regierung, die am Neckar natürlich stark beteiligt ist, in den letzten Jahren garnicht gefördert worden. In Württemberg hatte daher bereits eine stark pessimistische Auffassung Platz gegriffen und selbst politische Kreise, die noch vor zwei Jahren mit aller Entschiedenheit gegen die Schiffsabgaben auftraten, glaubten — im Interesse des Landes — jetzt keinen Widerspruch mehr erheben zu dürfen. Durch eine in letzter Stunde einsetzende parlamentarische Aktion scheint aber doch noch eine entscheidende Wendung herbeigeführt werden zu sollen. Montagabend wurde im badischen Landtage von den drei Parteien des Großblocks der Antrag eingebracht, daß die Regierung die Frage der Neckar-Kanalisation schleunigst durch bundesfreundliches Zusammenwirken der Regierungen von Württemberg und Baden einer möglichst baldigen Lösung entgegenführen und zugleich ein Einverständnis in der Frage der Schiffsabgaben anstreben möge.

Da hinter den Antragstellern die Mehrheit des Landtages steht, so bedeutet das für die badische Regierung den zwingenden Auftrag, dem Lande Württemberg beim Bau des Neckarkanals so weit entgegenzukommen, daß der Kanal auch ohne Württembergs Anstoß an den preussischen Zweckverband gebaut und unterhalten werden kann. Geht dies, so fällt natürlich für Württemberg jeder Grund fort, in der Bundesratsitzung, die, wie wir erfahren, bereits am nächsten Montag stattfinden soll, der Erhebung von Schiffsabgaben zuzustimmen.

Dann aber ist die Abgabenzweifel wohl für immer gerichtet. In Württemberg werden nunmehr die geeigneten Schritte zur Unterstützung des Vorgehens der badischen Großblockparteien sofort unternommen.

Übrigens scheint auch noch nicht endlich festzustellen, daß Bayern den Schiffsabgaben zustimmt. Das „Berl. Tageblatt“ läßt sich aus Dresden melden:

Eine hervorragende sachliche Persönlichkeit, die seit Jahren enge Beziehungen zu leitenden Männern in Bayern unterhält, macht darauf aufmerksam, daß man auch in diesen Kreisen der ganzen Methode Streuens in Sachen der Schiffsabgaben sehr kühl gegenüberstehe. Man teile ja selbst die föderativen Bedenken Bayerns und Badens.

Österreich wird der Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe bestimmt nicht zustimmen. Der Präsident der Reichsbürgerkammer war am Montag beim österreichischen Handelsminister, um ihn um Aufklärung darüber zu bitten, ob die in der letzten Zeit angekauften Bedenken, daß Österreich seinen Widerstand gegen die Schiffsabgaben aufgegeben habe, richtig seien. Der Minister erklärte, er habe bereits gelegentlich einer Interpellationsbeantwortung im öster-

reichischen Abgeordnetenhaus am 27. April 1909 den Standpunkt der österreichischen Regierung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise dahin zum Ausdruck gebracht, daß Österreich mit Rücksicht auf die durch die geplante Reform so überaus gefährdeten Interessen der österreichischen Elbischifffahrt gezwungen sei, an den durch Artikel I der Abereinkunft vom 22. Juni 1870 zugesicherten Rechten festzuhalten. Dieser Standpunkt habe auch jetzt nach keiner Richtung hin eine Änderung erfahren und alle gegenteiligen Nachrichten seien unrichtig.

Zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrag.

Wie der „New Yorker Herald“ aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement beschlossen, vorläufig Deutschland gegenüber auf seinen Forderungen in der Fleischfrage nicht zu bestehen, in der Erwägung, daß die hohen amerikanischen Fleischpreise noch weiter gesunken wären, wenn Deutschland dem amerikanischen Fleisch geöffnet wäre.

Kontrolle des Reichshaushalts.

Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes über die Kontrolle des Reichshaushalts zugegangen. Der Entwurf will u. a. Vereinfachungen auf dem Gebiete der Rechnungsprüfung bringen, wie sie von vielen Seiten, so auch im Reichstag in letzter Zeit empfohlen worden sind. Sein Ziel ist, die Verwaltung und insbesondere den Rechnungshof von Arbeiten, die ohne Schädigung des Prüfungszweckes unterbleiben können, zu befreien und damit auch eine Verringerung des für diese Arbeiten erforderlichen Personals zu ermöglichen.

Blutige Wahlrechtsdemonstration.

Eine große Wahlrechtsdemonstration veranstaltete am Mittwochabend kurz vor 6 Uhr die Braunschweiger Arbeiterpartei. Der Landtag ist Dienstag zusammengetreten und hat sich Mittwoch wieder vertagt. Mittwochabend waren die Landtagsabgeordneten zu einem Festessen im Ministergebäude verlammt. Das Hauptziel der Arbeiter und Arbeiterinnen — direkt aus der Fabrik kommend — von allen Seiten in dichten Scharen heran, die Marieballe singend, und im Ru war der Wohl-Weg, an dem das Ministerium liegt, diät gefüllt von Menschen. Es waren 5-6000 Arbeiter, die dort, vor dem Ministerium, Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausbrachten.

Schnell war die Polizei zur Stelle, befehligte die Straßenzugänge und auf einen Signalruf flogen die Schuppenketten herunter und die Sabel aus der Scheide. Dann wurde blindlings drauf losgeschlagen, obgleich sich die Arbeiter absolut ruhig verhielten und durchaus keine Ausschreitungen begingen. Die Polizei haute wie die Wilden und verletzte eine ganze Anzahl Personen, selbst Frauen und Kinder. Viele wurden verwundet und sofort in anliegende Häuser getragen. Einem Knaben wurde von einem Polizisten der Arm abgeschlagen!

Selbst das Bürgertum verurteilt in scharfen Äußerungen die Brutalität der Ordnungsmächter.

Mittwochabend demonstrierten die Arbeiter noch in drei Versammlungen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Landtage.

Die unbequemen Interpellationen.

Sehr verdrossen hat es die Scharmacher, daß über den Arbeitsnachweis der Kohlenbarone interpelliert worden ist. Die „Arbeitsgeber-Zeitung“ läßt ihren Groll in folgenden Sätzen aus:

Der ehrliche Fragesteller fragt um der Sache willen, er legt voraus, daß der Beiräte ihm Auskunft geben kann und will, und daß, sofern dieses Frage- und Antwortverhältnis öffentlich betrieben wird, keine Verlegenheit oder Gefahr daraus entstehen kann. Dem unehrlichen, listigen Fragesteller aber ist es um die einfache Erledigung der Sache nicht im geringsten zu tun. Seine ganze Prozedur verfolgt nur einen Zweck, nämlich den Gegner in Verlegenheit zu bringen oder auf die etwaigen Zuhörer einen bestimmten Eindruck zu machen. Man kann behaupten, daß 90 vom Hundert der heutigen Tages vorgebrachten parlamentarischen Interpellationen aus solchen agitatorischen Motiven heraus unternommen werden. Die Sozialdemokratie ist die Interpellationspartei par excellence; sie weiß die zu erwartende Antwort, wie jedermann, im voraus. Aber sie benutzt das Interpellationsrecht als eine herrliche Waffe, um zum Feinde hinaus zu sprechen und um gleichzeitig der Regierung möglichst viele Umstände und Verlegenheiten zu verursachen.“

Wir begreifen, daß es den Scharmachern viel lieber wäre, wenn der Reichstag stumm nickend das Budget, die Steuern und etwaige neue Schikanierungsgesetze bewilligte und dann wieder auseinander ginge. Daß er sich bisweilen — allerdings selten genug — noch dazu auflehnig, Kritik zu üben an den Praktiken der Regierung oder einzelner Eliten, und daß namentlich die Sozialdemokratie vom Interpellationsrecht Gebrauch macht, das erscheint den Herren als eine Störung ihres Rechtes, zu tun, was sie wollen. In andern Ländern, wo das Parlament eine wirkliche Macht und nicht nur eine Dekoration ist, wird das Interpellationsrecht übrigens viel mehr ausgenutzt als bei uns, und an eine Interpellation knüpfen sich oft genug die wichtigsten Entscheidungen.

Sozialdemokratischer Wahlprotest.

Gegen die Wahl des freimüthigen Abgeordneten Dr. Runze im 12. Berliner Landtagswahlkreis (Moabit) ist von unseren Genossen Protest eingelegt worden. Runze wurde bei der Neuwahl im Dezember vorigen Jahres mit ganz geringer Mehrheit gegen den Genossen Adolf Hoffmann gewählt.

Die Herren Freimüthigen haben es diesmal unterlassen, gegen die Wahl der Genossen Borgmann, Heimann und Hirsch zu protestieren, obgleich ihre Presse schon am Tage nach der Wahl wieder über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus jette. Die Trauben scheinen doch zu hoch zu hängen.

Essen.

Das Reichsamt hat an die Landesregierungen ein Rundschreiben geschickt, in dem die Herabsetzung der zur Bereinigung der Gemütsung zu verwendenden Menge um die Hälfte, nämlich von 1 Kilogramm auf 0,5 Kilogramm

für 50 Liter Flüssigkeit angeregt wird. Gleichzeitig ist die schon vor einigen Wochen für gewisse Fälle empfohlene Verminderung der zu verwendenden Farbstoffmengen um 20 v. H. allgemein für statthaft erklärt worden. Weiter sollen auch Erörterungen darüber im Gange sein, wie den gerade aus Müllerkreisen laut gewordenen Klagen ebenfalls abgeholfen werden kann.

Die Ablehnung des portugiesischen Handelsvertrages.

Der Handelsvertrag mit Portugal wurde gestern in der Kommission mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Für den Handelsvertrag stimmten Konservativ, Freimüthige, Sozialdemokraten und vom Zentrum der Abgeordnete Herold. Dagegen stimmten die übrigen Mitglieder des Zentrums, die Nationalliberalen und Antifeministen. Die Nationalliberalen erklärten, daß die Abstimmung in der Kommission noch nicht bindend sei für die Haltung im Plenum.

Eine furchterliche Tat sächsischer Nationalliberaler hat die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ entdeckt und verkündet sie voller Entsetzen der Welt. Man vernehme, was sie aus Dresden berichtet:

„Das hiesige antisemitische Wochenblatt teilt folgendes recht interessante Vorkommnis mit: Dem Dresdener Stadtverordnetenkollegium gehören auch die beiden nationalliberalen Landtagsabgeordneten Präsident Vogel und Dr. Peltzer an. Kürzlich fand im Kollegium die Wahl zu den Ausschüssen statt. Es handelte sich u. a. darum, ob ein konservativer oder ein sozialdemokratischer Stadtverordneter in einem bestimmten Ausschuss gewählt werden sollte. Die beiden genannten nationalliberalen Abgeordneten hatten die Sitzung verlassen, um einer Gesellschaft bei dem Minister Grafen Bismarck beizuwohnen, an der auch der König teilnahm. Wären sie der Ausschusswahl ferngeblieben, so wäre der konservativ und nicht der sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt worden. Um das zu verhindern, vertrieben die beiden Herren, durch den Fernsprecher gerufen, das Fest bei dem Minister, um dem sozialdemokratischen Kollegen zum Siege zu verhelfen. Eine Zusatzbemerkung ist überflüssig.“

Da muß wirklich die Welt aus den Angeln gehen.

Der Strafvollzug in Baden.

Bei der Beratung des Etats für Strafanstalten im badischen Landtage kritisierten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Behandlung der Gefangenen, insbesondere der wegen Streiks und politischer Vergehen internierten. Der Justizminister gab die Erklärung ab, daß die wegen Preisvergehens Befristeten eine andere Behandlung nicht erfahren könnten; eigene Kleidung zu tragen sei nicht erlaubt, damit die anderen Gefangenen nicht verletzt werden. Wegen der politischen Überzeugung werden keine Unterschiede unter den Gefangenen gemacht. So etwas nennt man mit Recht Barbarei!

Das Ende des bayrischen Liberalismus.

Am vergangenen Sonntag fanden in verschiedenen Städten Bayerns liberale Parteiveranstaltungen statt, in welchen über den Zerfall des liberalen Blocks beraten wurde. Zum Teil wurde Festhalten am Block beschlossen, zum Teil wollte man die Nationalliberalen laufen lassen und sich von den Konservativen gänzlich absondern; dagegen sollen die liberalen Arbeitervereine kräftig gefördert werden.

Deutsche Professoren gegen die Reaktion — in Russland.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht eine Erklärung deutscher und österreichischer Professoren „für Finnlands Recht“, in der die tapferen Herren gegen den Bruch der im Jahre 1809 vom Zaren versprochenen Selbstständigkeit Finnlands protestieren, und an die gesetzlichen Vertreter des russischen Volkes appellieren, ihre Hand dem offenen Verfassungsverbruch nicht zu reichen.

Gegen Gewaltakte zu protestieren ist gewiß eine schöne Sache, aber die Heldenhaftigkeit gewinnt doch ein anderes Gesicht, wenn sie von Leuten ausgeht, die allgemein im Rufe der Halenherzigkeit stehen. Die deutschen Professoren sind die edelsten Vertreter deutscher Byzantinerie, wie sie gerade unter dem jetzigen Hohenzollern in der ekelhaftesten Weise sich breit macht. Seit je haben deutsche Gelehrsamkeit und deutsche Bedientenhaftigkeit als eine Einheit gegolten, und niemals haben wir aus jenen Kreisen einen Protest gegen die Gewaltakte im eigenen Lande vernommen. Die deutschen Professoren sind die eifrigsten Befürworter der insamen preussischen Polenpolitik, die die Entwicklung der polnischen Kultur mit allen Mitteln zu hemmen sucht. Sie fanden kein Wort des Protestes gegen die zarische Regierung, die die Verfassung in Russland mit Füßen tritt, sie protestierten niemals gegen die von der deutschen Regierung geleiteten Schergenendienste. Die Korruption der deutschen Wissenschaft dürfen sich unter solchen Umständen nicht wundern, wenn man ihren Protest nicht höher einschätzt als das Papier, auf dem er gedruckt ist. Und das weiß die zarische Regierung so gut wie wir: sie schätzt das Professorenvolk bei sich nicht höher ein als wie es in Deutschland tun, und daß sie recht hat, das zeigen die Dienste, die ihr in der letzten Woche die Leuchten der Wissenschaft auf dem antialkoholischen Kongress in Petersburg leisteten, wo sie Arm in Arm mit den Polizeibehörden den Vertretern der Arbeiterorganisationen den Mund zu stopfen veruchteten. Die zarische Regierung weiß, daß die deutschen Professoren sich nur gegen die Tyrannei zu wenden den Mut haben, die in fernen Ländern wüthet und sie hat ganz recht, wenn sie auf den Protest dieser Leute nicht pfeift. Aber auch Finnlands Volk soll sich über den Wert dieses Protestes nicht täuschen. Es darf auf die Hilfe des bürgerlichen Europa nicht rechnen. Es muß wissen, daß dieses Europa seinen Kämpfen dem Zaren ausliefern würde, würden sie auf dessen Böden Fußsack suchen. Die Verbündeten des finnischen Volkes stehen nur im Lager der russischen Revolution und der internationalen Sozialdemokratie.

England.

Die Wahlen. Nach den bis gestern nachmittag 3 Uhr bekanntgewordenen Wahlergebnissen waren gewählt: 255 Unionisten, 230 Liberale 38 Vertreter der Arbeiterpartei und 72 Nationalisten. Der Gewinn der Unionisten beträgt 117, der der Liberalen 17, Sige, der der Arbeiterpartei einen Sitz. — Premierminister

Asquith wurde in Biffelgire wiedergewählt und zwar mit 5242 Stimmen gegen 3183 des unionistischen Kandidaten. Kriegsminister Haldane in Haddingtonshire mit 3771 Stimmen gegen 3026 des unionistischen Kandidaten. In Glamorgan wurde Sir Samuel Evans mit einer Mehrheit von 9798 Stimmen wiedergewählt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 27. Januar.

Mit dem neuen Einkommensteuergesetz, das bekanntlich die Beweglichkeit der Einkommensteuer vorzieht, beschäftigt sich gestern wiederum der Bürgerausschuss. Aus dem über diese Verhandlungen veröffentlichten Protokoll ist zu ersehen, daß die Bestimmung, nach welcher die Steuer nicht auf weniger als vier und nicht auf mehr als sechs Einheiten festgesetzt werden darf, gestrichen werden soll. Danach wird es möglich sein und voraussichtlich auch notwendig werden, mehr als sechs Einheiten zu erheben. Angenommen wurde ferner ein Antrag Fehling, den § 6, der bisher lautet:

„Einkommen mit 900 Mk. oder weniger Einkommen, die eine Familie von mehr als drei Personen ernähren, sind von der Steuer befreit. Steuerpflichtige mit mehr als 900 bis 1200 Mk. Einkommen haben unter der gleichen Voraussetzung nur die halbe Steuer, Steuerpflichtige mit mehr als 1200 bis 3000 Mk. Einkommen, die eine Familie von mehr als vier Personen ernähren, nur drei Viertel und wenn sie eine Familie von mehr als sechs Personen ernähren, nur die halbe Steuer zu zahlen, folgendermaßen zu fassen: „Steuerpflichtige mit 900 Mk. oder weniger Einkommen, die eine Familie von mehr als drei Personen ernähren, sind von der Steuer befreit. Steuerpflichtige mit mehr als 900 bis 1500 Mk. Einkommen haben unter der gleichen Voraussetzung nur die halbe Steuer, Steuerpflichtige mit mehr als 1500 bis 3000 Mk. Einkommen . . .“ Dadurch wurde ein Antrag Mühlam, dem § 6 nachstehende Fassung zu geben, hinfallig: „Steuerpflichtige mit 900 Mk. oder weniger Einkommen, die eine Familie von mehr als drei Personen ernähren, sind von der Steuer befreit. Steuerpflichtige mit mehr als 900 bis 1200 Mk. Einkommen . . .“ Einzelne Teile des Gesetzesentwurfes wurden an eine besondere Kommission verwiesen.

Eine öffentliche Fleischerverammlung tagte gestern abend in Friedrichshof. Kollege Fiedler-Hamburg beendete in längeren Ausführungen die Mühsal der Fleischer-Gewerbe. Hervorgehoben seien dieselben durch die übermäßig lange Arbeitszeit, welche fast überall noch herrsche. Es wäre nicht eines jeden Fleischergehilfen, der Organisation beizutreten, um endlich, wie es schon an mehreren anderen Orten geschehen ist, eine Verkürzung und Regelmäßigkeit der Arbeitszeit herbeizuführen. Auch aus dem hiesigen öffentlichen Schlachthof sei noch eine viel zu lange und auch sehr unregelmäßige Arbeitszeit, so daß es notwendig ist, in einem staatlichen Betrieb, der doch als Musteranstalt vorbildlich sein sollte, bessere Verhältnisse zu schaffen. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Vertreter der Arbeiter im hiesigen Stadtparlament die gerechten Forderungen der Fleischergehilfen gegebenenfalls unterstützen möchten. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach kurzer Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme. Die heutige am 29. Januar 1910 in „Friedrichshof“ abgehaltene Schlachtergehilfen-Versammlung ist durch die Ausführung des Referenten und durch eigene Erfahrung zu der Überzeugung gelangt, daß eine derartige lange Arbeitszeit, wie sie auf dem Schlachthof herrscht, für einen ständigen Betrieb nicht mehr am Platz ist; die Verarmtelten fordern daher eine Arbeitszeit, wie sie in den übrigen städtischen Betrieben üblich ist, und zwar wie folgt: im Sommerhalbjahr von morgens 6 bis abends 6 Uhr, im Winterhalbjahr von morgens 7 bis abends 7 Uhr unter Wegfall der einen Stunde des Montags und Donnerstags. Weiter verlangen die Versammelten die Schließung des Schlachthofes an den zweiten Feiertagen. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, die entsprechenden Schritte bei der Schlachthausdeputation einzuleiten.

Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für 1909. Die schlechte Konjunktur im Baugewerbe, die hier im Herbst 1908 besonders stark einwirkte, hielt auch noch im Berichtsjahre an; mußten doch mitten im Sommer noch einige unserer Mitglieder auswärts Arbeit suchen. Erst im Herbst wurde die Bautätigkeit eine befriedigende. Durch die große Arbeitslosigkeit im Anfang des Berichtsjahres wurden unsere Kassen ganz enorm in Anspruch genommen. Außer der Arbeitslosenunterstützung wurden noch Weihnachts- und Nothstandsunterstützungen gezahlt. Durch den im Jahre 1908 nach den zentralen Verhandlungen erfolgten Schiedsspruch erhöhte sich ab 1. April 1909 unser Stundenlohn von 60 auf 62 Hg. Wie in früheren Jahren, so auch im Berichtsjahre, wurde in unserer Zahlstelle der Beschluß gefaßt, daß jedes Mitglied monatlich verpflichtet sei, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und sich an den von der Partei getroffenen Veranstaltungen zu beteiligen. Maßregelungen seitens der Arbeitgeber fanden nicht statt. Besonders soll noch erwähnt werden, daß unsere Zahlstelle im Oktober auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte und daß in der Zahlstelle noch 11 Mitglieder vorhanden sind, welche dieselbe gründeten. Abgehalten wurden im Berichtsjahre 17 regelmäßige Versammlungen; in 2 Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Genosse Wehrlein sprach über: „Unternehmerrigkeit und Arbeiterzerpflüchterung“. Kamerad Aug. Wegmann-Samowar über: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer und die Bestrebungen unseres Zentralverbandes“. Außerdem fand eine außerordentliche Versammlung statt, zu der auch die Frauen unserer Mitglieder eingeladen waren. In dieser Versammlung referierte Genosse Göhre über „Kindererziehung“. Alle Versammlungen waren leider nur schwach besucht; die höchste Zahl betrug 85, die niedrigste 22, durchschnittlich 49 Versammlungsbesucher. Vorstandssitzungen fanden 12, Tarifkommissionssitzungen 5 statt; ferner hielt der Vorstand gemeinschaftlich mit der Tarifkommission 7 Sitzungen ab, in denen der Tarifabschluß für 1910 besprochen wurde; zu zwei Vorstandssitzungen waren die Bezirkskassierer hinzugezogen. Weiter nahm der Vorstand an 5 Sitzungen der sämtlichen Gewerkschaftsvorstände teil; in diesen Sitzungen handelte es sich um die Wahrung des Vereinsinteresses. Die Mitgliederzahl betrug im Berichtsjahre durchschnittlich 262. Zugereist sind 62 Mitglieder, eingetreten 23, abgereist 77, wegen Schulden gestrichen 13, ausgeschieden 4, ausgestreut 10 und gestorben ist ein Mitglied. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Berichtsjahres 4401,22 Mk. Für Unterhaltungen wurden ausgegeben: Aus der Hauptkasse 4382,25 Mk., aus der Lokalkasse 1664,30 Mk., zusammen für Unterhaltungen 6046,55 Mk. Ferner wurden für den Zentralstreifensfonds 700 Mk. an die Hauptkasse gesandt. Arbeitslos meldebene sich im Berichtsjahre 168 Mitglieder in 341 Fällen; sie waren zusammen 4324 Tage ohne Arbeit. Es erhielten 192 Mitglieder in 299 Fällen für 3462 Tage 4248,50 Mk. Arbeitslosen-Unterstützung. Am 1. April 1910 ist unser Tarif, der seit 1908 besteht, abgelaufen; ab bis zum 1. April zwischen Arbeitgebern und

Arbeitnehmern im Baugewerbe eine Einigung, stattfinden wird, ist noch nicht voraus zu sehen. Das Unternehmertum im Baugewerbe will einen Tarif aufbieten, dem wir nicht zustimmen können, denn die Arbeitgeber wollen die Löhner und wir sollen uns dem fügen. Die organisierten Zimmerer werden den Arbeitgebern zeigen, daß sie gestützt auf ihre Organisation, auch der jetzigen Situation gewachsen sind und daß sie erfüllt gewillt sind, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Sittlichkeitsvergehen. Der frühere Versicherungsinspektor Myran wurde wegen Vergehens gegen § 176, Ziffer 3 des Strafgesetzbuches festgenommen. W. hatte mit dem Kinde einer früheren Mieterin seines Hauses, das erst 16 Jahre alt ist, seit Jahren intim verkehrt. Das Verhältniß ist jetzt nicht ohne Folgen geblieben. Die Mutter des Kindes erstattete darauf Anzeige.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich Dienstag in der Nähe des Hauptbahnhofes bei der Überführung am Weg nach Wuntehof. Der Weichensteller Busch revidierte das Hamburger Gleis als ihm der Hamburger Zug entgegenkam, den er nicht bemerkte. Der Lokomotivführer gab Warnungssignale und versuchte auch den Zug zum Stehen zu bringen, doch gelang das nicht mehr. Der ratlos gewordene Mann wurde vor den Augen des Lokomotivpersonals überfahren und getötet.

Handelsregister. Am 25. Januar 1910 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Conrad Heidenreich in Lübeck: Dr. Architekt und Maurermeister G. C. C. Heidenreich in Lübeck ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Regierungsbaumeister G. E. H. Mittelstaedt in Lübeck in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Prokura des Regierungsbaumeisters G. Mittelstaedt ist erloschen.

ph. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Hausdiener aus Toitz, der von der Großherzoglich-Anwaltschaft Neudorf wegen Diebstahls flechtlich verfolgt wurde. Ein Arbeiter aus Veimor, der sich selbst bezichtigte, Betrug und Urkundenfälschung zum Nachteil eines Kaufmannes in Neudorf begangen zu haben, wurde ebenfalls festgenommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag kommt die reizvolle Operette „Die Fledermaus“ von Strauß zur nochmaligen Wiederholung. Den Abend singt Herr Erb, die Kofalinde Frau Bartik. — Am Samstag gelangt das äußerst wirkungsvolle Schauspiel „Der Andere“ von Paul Lindau, welches bereits über die meisten deutschen Bühnen mit großem Erfolge gegangen ist, hier zum ersten Male zur Aufführung. — In Vorbereitung befindet sich Kossias komische Oper „Der Barbier von Sevilla“.

Stadtheater. Man schreibt uns: Das Interesse für das morgen Freitag, abend 8 Uhr stattfindende Gesangs- und Tanzkonzert „Die ersten Menschen“ von Wagner ist jetzt schon ein derartig reges, daß es geraten sein dürfte, sich rechtzeitig gute Plätze in den Vorverkauf zu sichern. In die Darstellung des eigenartigen Kunstwerkes, wie schon zu erwarten, in Händen erfahrener Bühnenkünstler liegt, so ist ein besonders hervorragender und eindrucksvoller Theaterabend zu erwarten.

Senia-Theater. Man schreibt uns: Donnerstag, den 27. und Freitag, den 28. Januar findet eine Wiederholung des Schwanks „Das Wandervogel“ mit anschließendem Ballett statt. Am Samstag, den 29. und Sonntag, den 30. Januar werden die beiden reizenden Opern „Der Doktor“ und „Cassini-Pomponette“, sowie ein bunter Tanz- und Klavierabend in sich schließend und das herrliche Lustspiel „Vogelball“, arrangiert von Ballettmeister Gerull, Musik von Kapellmeister Leo Kehler gegeben.

Schwarzmannesfeld. Die Sprechstunde des Arbeitsekretariates findet morgen — Freitag — abends von 5—8 Uhr im Lokale des Herrn Pinkert, „Gasthof Traandahl“, statt.

Rageburg. Großfeuer. Montag abend ist das Wohnhaus des Hufners Müller in Campos niedergebrannt. Über 30 Röhre sind in den Flammen umgekommen. Die Entstehungursache des Feuers ist noch unbekannt.

Hamburg. Der Bürgerschaftswahlkampf. Seit Wochen tobt in Hamburg der Wahlkampf. Jeden Tag finden im Stadt- und Landgebiet Versammlungen statt, in denen meist eine rege Ausdrucksweise stattfindet, und die letzte Woche bis zu der am 1. Februar stattfindenden „allgemeinen Wahl“ bietet den Parteien noch Gelegenheit, ihre geistigen Kräfte in Rede und Schrift zu messen. Abweichend von der sonstigen Gepflogenheit, sind auch die alten Parteien zum Volke herabsteigend und buhlen öffentlich um dessen Stimmen. Dabei hat man die Kühnheit, dem „kleinen Mann“ zu erzählen, der Wahlrechtsraub sei im Interesse der Gesamtheit geschehen. Daß diesen „Volkscandidaten“ gehörig auf die Finger geklopft wird, braucht nur angedeutet zu werden. Bei den öffentlichen Diskussionen über die „Geschichte Hamburgs“ haben unsere Genossen durchweg gut abgeschnitten. In der vorigen Woche trat in einer Riesensammlung Genosse Stolten dem erzkonservativen Patriarchen Dr. Münchberg, einem Bruder des verstorbenen Hamburger Bürgermeisters, mit großem Geschick entgegen. Auch die „Vereinigten Liberalen“, eine bessere Spielart des Linkliberalismus, deren Fraktion in der Bürgerschaft 23 Köpfe zählt, zeigt sich sehr fröhlich. Außer den Sozialdemokraten und den Vereinigten Liberalen kommen weitere politische Parteien nicht in Betracht. Der Block der Wahlrechtsräuber, bestehend aus den drei alten Bürgerchaftsfraktionen, bildet ein Chaos von Reaktionsären, „Liberalen“, der Heinsemannern, Zünftlern, Eigenbrötlern, Beamten usw. Aus diesen Kreisen heraus — im engen Kreis verengert sich der Sinn — werden die verdienstlichen Spezialwünsche laut. Für die Wahl von „Handwerkern“ tritt der aus 16 Ober- und 19 anderen Meistern bestehende Wahlrechtsausschuß der Innungen ein. Auf dieser Kandidatenliste stehen sechs Obermeister, Scharfmacher vom reinsten Wasser. Die Handwerker werden aufgefordert, ihre Stimmen auf diese Kandidaten zu häufen. Die „Gut Holz“-Vereine erblicken die Förderung der Regierinteressen in der Wahl des Oberkammermeisters und Wahlrechtsverschleieres Schlüter. In einem Punkt ist jedoch diese funterbunte Gesellschaft sich einig: in ihrem Haß gegen die Arbeiterpartei, deren Vertreter im Landesparlament die träge und denkschwache Gesellschaft aufgepeitscht haben. Aus unserer 21 Köpfe starken Fraktion scheiden 3 ein Gesonnen aus. Da bei jeder halbjährlichen Neuwahl nur 12 Abgeordnete in der zweiten Klasse zu wählen sind, kann kaum auf einen Zuwachs an Mandaten gehofft werden, denn mit der Klasseneinteilung ist bekanntlich auch der Proporz eingeführt, damit jede Partei zu ihrem Recht komme“. In der ersten Klasse, die alle Wähler mit über 2500 Mk. Einkommen umfaßt, kann unsere Partei vielleicht ein Mandat herauszuschlagen, ebenso eins bei den später stattfindenden Grund-eigentümergehäßen. Ein Maßstab für den Ausgang der Wahlen ist nicht vorhanden, weil diese „Staatshälften“ zum ersten Male nach dem neuen Wahlverfahren wählt. Zu wählen sind 12 Abgeordnete der zweiten, 24 der ersten (diese kleine Gruppe wählt doppelt so viel Vertreter als die große Zahl der Steuerzahler von 1200—2500 Mk. Einkommen) und je 20 der Grundbesitzer und Notabeln.

Niel. Nord- und Selbstmordversuch. Der 24jährige Kutcher Stein und dessen Braut, das Dienstmädchen Müller, beschloßen Dienstag abend, freiwillig auf dem Leben zu scheitern, weil sich ihren Heiratsplänen Schwierigkeiten entgegenstellten. Die beiden Lebensmüden schrieben Abschiedsbriefe an ihre Angehörigen und begaben sich abends 7 Uhr nach der Waldemarstraße. Hinter dem Hause Nr. 8 richtete Stein einen Revolver gegen seine Braut und gab vier Schüsse auf sie ab. Dann jagte er sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe. Anwohner der Waldemarstraße wurden durch die Schießerei aufmerksam und fanden das Liebespaar schwer verwundet vor. Das junge Mädchen hatte zwei Schüsse am Hinterkopf, einen dritten in der Schläfe und einen vierten in der Wange. Stein war durch einen Schuß in die Schläfe schwer verletzt. Das Liebespaar wurde sofort nach dem Anstalt-Krankenhaus gefahren. Das junge Mädchen rang Mittwoch vormittag mit dem Tode. Bei Stein ist keine Lebensgefahr vorhanden. Sie waren bei derselben Herrschaft in Stellung und hatten, da St. entlassen worden war, den Entschluß gefaßt, gemeinsam in den Tod zu gehen. — Die Züchtung von Denunzianten scheint sich die Kleier Strassenbahn zur Aufgabe gemacht zu haben. Sie hat nämlich zwei ihrer Kontrolleure die Warnung zugehen lassen, daß sie ihre Entlassung nicht mehr Meldungen machen. Wenn Ansehen nach ist es der Gesellschaft um den Eingang von mehr Straßarbeitern zu tun, über deren Verwendung und Kontrolle die Angestellten nicht das geringste mitzureden haben.

Apokalypse. Zwei Handwerksburschen vom Zuge getötet. In der Nähe von Haberslund fand man auf dem Bahngleise zwei schrecklich verblutete menschliche Leichen, die als die zweier Handwerksburschen erkannt wurden, welche in Kothenfrug gebettet hatten und von dem nach Weyen's fahrenden Zuge 760 überfahren worden sind. Es sind junge Leute. Dem einen sind beide Beine und Hände abgefahren, dem anderen ist der Kopf zertrümmert und die Kleider zum größten Teile vom Leibe gerissen.

Schleswig. Großfeuer. Das umfangreiche Werkstättengebäude der Baufirma Landmann u. Lüder, in dem sich große Vorräte von rohem und bearbeiteten Holz befanden, ist Montag abend abgebrannt. Der Sturm fachte die Flammen hoch an und gefährdete die anliegenden Nachbargebäude der Norddomstraße; doch gelang es der Feuerwehr, diese Häuser zu halten.

Haderleben. Preussische Germanisation in Nordschleswig. Zu den widerlichsten Zwangsmaßnahmen in Nordschleswig gehören die Feste, in denen Lehrer, die weiter nichts verbrochen haben, als daß sie in von dänischen Nordschleswignern gebildeten Abstinenzvereinen gebrochen haben, mit Frist von wenigen Tagen nach städtischen Gegenden verlegt worden sind. Die Regierung will jetzt noch weiter vorgehen. Die „Niederschleswiger“ meidet, daß sämtlichen Geistlichen in Nordschleswig ein Schreiben vom Konsistorium in Kiel zugegangen sei, worin ihnen verboten wird, in Vereinen zu sprechen, deren Mitglieder in der Mehrzahl dänisch gesinnt sind. Besonders wird vor dem Sprechen in Abstinenzvereinen gewarnt. Außer den ausgesprochenen deutschstämmlichen Vereinen würden dadurch fast alle Vereine geöffnet werden, weil die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung in Nordschleswig dänisch gesinnt ist.

Penzlin. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich hierorts. Der auf dem Gute Wuntrow in Arbeit stehende Arbeiter Kalkack war mit einem Einspännerfuhrwerk in die Stadt gefahren. In der Nähe des Schulhauses lief ein Pferd vom Wagen. Infolgedessen schaute das Pferd und ging mit dem Gefährt durch. Kalkack wurde so unglücklich vom Wagen geschleudert, daß er, aus einer schweren Kopfverletzung, demnächst hien ergab. Er starb bereits nach zwei Stunden infolge Schädelbruches, Blutergusses ins Gehirn und innerer schwerer Verletzungen.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern Lessings Meisterstück „Minna von Barnhelm“ zur Aufführung. Vor leerem Hause, wie gleich bemerkt sei, Lessing zieht eben bei einem „kunstförmigen“ Publikum nicht mehr, und auch die angekündigte festliche Beleuchtung, bei der man ja die Toiletten besser zur Schau stellen kann, hatte das Publikum nicht einmal ins Theater gelockt. Die Logen des ersten Ranges waren so belebt, wie die Erde zu einem Zeitpunkt, von dem es in der Bibel heißt: „Und sie war wüst und leer.“ Gespielt wurde von unseren wackeren Künstlern durchweg recht vortrefflich. Herr Fuchs zeichnete den ehrlichen aber derben Juss mit den einfachsten und darum gerade wirkungsvollsten Strichen. Fr. Vogt ist als Franziska ein so fedes und dabei liebenswürdiges Kammermädchen, wie sie der ebenso treue wie raube Wachtmeister Werner des Herrn Bruno verdient. Die Minna spielte Fr. Bilger in den letzten Akten gar zu sehr auf die Kofette hinaus. Was bei Minna ein gefährliches Spiel mit Tellheim ist, wurde von ihr in der Manier der Ninon von Hauterville dargestellt. Anerkennung verdienen noch die Herren Albert (Wirt) und Laube (Mecant). Die Vorstellung fand verdienten Beifall. P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Der Vorverkauf der Billets zum Neuen Stadttheater. Soll nach den offiziellen Ankündigungen zwei Tage vor der jeweiligen Vorstellung beginnen. Anscheinend ist das aber nur Theorie, die mit der gelbten Praxis nichts zu tun hat. Für heute, Donnerstag, ist die Oper „Carmen“ angelegt. Der Vorverkauf von Billets für diese Vorstellung hatte also am Dienstag mittag 11 Uhr seinen Anfang zu nehmen. Ich war nun am Dienstag vormittag präzis 11 Uhr an der Kasse und verlangte Billets zum 8. Rang. Der Kassierer erklärte mir, daß alles ausverkauft sei. In dem Dienstag konnte solches aber nicht geschehen sein, da ich der zweite an der Kasse war. Nun frage ich: Wie ist es möglich, daß die Billets zum dritten Rang schon zu einer Zeit ausverkauft waren, als ihr Verkauf — nach den offiziellen Ankündigungen — erst beginnen soll. Und weiter: Wen trifft die Schuld, daß die Anordnungen, nach denen sich meiner Meinung nach nicht nur das Publikum, sondern auch die Theaterleitung zu richten hat, so einfach beiseite geschoben werden? Wenn der Vorverkauf der Billets zum dritten Rang zwei Tage vor der Vorstellung beginnen soll, so darf das auch tatsächlich nicht früher geschehen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß das gerügte Verfahren abgestellt wird. H.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Schwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gedr. Hirschfeld,

Lübeck
Breitestr. 39-41.

Von heute Donnerstag ab kommen die

Restbestände der Winter-Konfektion

Jackets, Paletots, Abendmäntel, Kostüme,
Kostümröcke, Blusen, Morgenröcke und Unterröcke,
sowie Kinder-Konfektion, Pelzwaren

zu enorm billigen, herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Saison-Ausverkauf!
Ballschuhe Mk. 1-1.50
(kleine Größen)

Große Posten Einzelpaare
zurückgesetzter Herren-,
Damen- u. Kinderschuhe
für jeden Preis.

Bitte Schaufenster beachten.
Drenske, Breitestr. 21.

Meklenburger Landbrot
aus der Bäckerei von
H. Callier, Schönberg

empfehlen
Hans Wulf,
Brügestraße 11. - Fernspr. 2128.

Hasenfelle
Kauin, Marber, Fuchs und Zitis,
sowie Pferdehaare kauft zu den
höchsten Preisen.
D. WAGNER, 8 Holstenstraße 8.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Koblitz
Markt 4 **10**
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. N. a.:

Lederhosen	2.20-6.45
Wanterhosen	2.60-6.75
Schlofferhosen	1.88-5.25
überziehbare	1.08-2.25
Reiterhosen	1.68-3.25

leimene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Kragen, Hemden, Schlachter-
jacken, Frühjahrsjacken, Wästermäntel
erstaunlich billig. Wägen von 30
Bf. bis 188 Mk. Rote Lubeca.

Achtung!
Lastdielarbeiter!

Versammlung
am Freitag, 28. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Jüngere Betriebsangelegenheiten.
2. Berichtlesen.
Es ist Pflicht, daß von sämtlichen
Mitgliedern die Kollegen erscheinen.
Der Vorstand.



TEE

neuester Ernte - eigener Einfuhr
erprobter Qualitäten
lose und in Paketen.

Gute bis hochfeine Mischungen
1.60, 2.-, 2.50, 3.-, 3.50, 4.- u. 5.- Mk. das Pfund.

Ceylon-Tee

1.60, 2.20 u. 2.40 Mk. das Pfund.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.
Europas größter Kaffee-Rösteri-Betrieb.
Über 1000 Filialen.

Filiale in Lübeck: Holstenstraße 9.

Mark 100.-

Ein hundred Mark Sterbefall-Unterstützung
beim Ableben meines Mannes von dem Inhaber der
Dampfbäckerei „Hansa“, Herrn **Johs. Junge** in
Lübeck, aus Anlass ständiger Brotkundenschaft erhalten
zu haben, bescheinige ich hiermit.

Lübeck, den 26. Januar 1910.

Amalie Renzow geb. Grimm
Geverdesstrasse 51.

Konzerthaus „Flora“?
Großes
oberbayrisches Bockbierfest
in den besonders festlich geschmückten Sälen
am Sonntag, dem 30. Januar 1910.
Eintritt frei. Max Siems.

Empfehle mich als Schneiderin
Henny Kahl,
Hensefeld, Schnoorstraße.

Vortragskurse
für Arbeiter.

Freitag, den 28. Januar 1910
abends 8 1/2 Uhr:

Achter und letzter
Rühle-Abend

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Eintrittskarten sind am Eingang zu
haben.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet
ein
Die Kartellkommission.
Der Vorstand des Sozialdemo-
kratischen Vereins.

Hansa-Theater

Eigent. und Dir.
Fritz Rittschers Ww.
Donnerstag, d. 27. Januar u.
Freitag, den 28. Januar,
8 1/2 Uhr
Gastspiel des Chaliathenters
Elberfeld.

Novität! Novität!

Das Manöverkind.

Schwank in 3 Akten, nach dem
Französischen von **Paul Margus**
und **Henry Regnier**
von **Max Neal.**

Zum Schluß:

Der Traum des
kleinen Edelweiss.

Gr. Ballett-Pantomime
mit Vogel-Ballett in 1 Akt,
von Ballettmeister
Giovanni Cerutti.

Vorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Freitag, 28. Januar. **8 Uhr.**

Zum 1. Male. **Neu!**

Einmaliges Gastspiel der Tournee

Die ersten Menschen.

Ein eratisches Mysterium
von **Otto Bonggräber.**

Mitwirkende: **Slara Rabinow, S. S.**
Hoffhauspielerin, Alexand. Rottmann
Kgl. Bayer. Hoffhauspieler, **Bern-
hard Alder** vom Schillertheater,
Berlin, **Bernhard Wenkhaus** vom
Stadttheater Königsberg.

Erhöhte Preise. Dankskarten
ungültig. Der Vorverkauf für dieses
Gastspiel beginnt am Montag,
24. Januar, in den bekannten
Stellen bei **Ragel, Markt 14**
und **Roh, Kohlmarkt 12.**

Lesebücher des Werkes „Die
ersten Menschen“ sind in den
Vorverkaufsstellen und abends an
der Theaterkasse des „Stadthallen-
Theaters“ zum Preise von **Mk. 1.50**
brochüriert und **Mk. 2.50** elegant
gebunden, erhältlich.

Neues Stadttheater.

Freitag, 28. Januar. 7 1/2 Uhr

Die Fledermaus.

Operette von **Joh. Strauß.**
Sonabend, 29. Januar. 7 1/2 Uhr.

Zum 1. Male:

Der Andere.

Schauspiel von **Paul Lindau.**

Bürgerkunde.

In der bürgerlichen „Berliner Volkszeitung“ finden wir den nachstehenden vernünftigen Artikel:

In unseren Schulen wird vieles und vielerlei gelehrt; viel Nützliches und viel Überflüssiges. Bei dem Überflüssigen denke man an den konfessionellen Gedächtnisdruck, der Herz und Geist leer läßt und der schlimmste Feind wahrer, fleißiger Reistigkeit ist. Aber eins wird in der Schule nicht gelehrt: Man bezeichnet die verschiedensten Seiten dieser Lücke, dieses Nicht-„Lehrgegenstandes“, mit dem Worte „Bürgerkunde“. Der deutsche Schüler erfährt von den ältesten Vätern, er erfährt von Griechen und Römern die gleichgültigsten Dinge; er hat sein Hirn vollzupropfen mit einem Schlachtenkatalog von unendlicher Länge. Aber von der Verfassung des Staates, in den er hineingeboren ist, erfährt er nichts; von den Bürgerrechten, die er dereinst haben wird oder die ihm dereinst — namentlich in dem herrlichen Preußen — vorerhalten bleiben, wenn er mündig ist, von denen erfährt er in der Schule nichts. Das Traurige ist, daß dieses nichts ein Ausfluß des Systems ist, das in dem Junkerstaat Preußen dem Schulwesen zugrunde liegt.

Die Verteidiger dieses Systems sagen uns nicht, daß die öffentlichen Schulen Veranstaltungen zur bestmöglichen Mittelung des modernen Wissenschaftszweiges an die heranwachsende Generation sind; sie sagen uns vielmehr mit der größten Ungeniertheit, daß die öffentlichen Schulen Lendenanstalten sind zur Hervorbringung von frommen und fruchtbarsten „Untertanen“. Sogar die Universitäten sollen nach den leider autoritativen Ansprüchen höchster Bürokraten lediglich dazu da sein, „Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Königstreue“ in möglichst reichlichem Maße zu erzeugen. Die Wissenschaft, die sich Selbstzweck sein sollte, wird dadurch in die Magdstellung des Mittels zum Zweck gedrängt. Aus dieser Schieflage, aus dieser benutzten und planmäßigen Verschlebung und Verwirrung der eigentlichen Aufgaben der öffentlichen Bildungstätten ergibt sich ihre von freieren Geistern oft beklagte Unzulänglichkeit als Pflanzstätten von höchstem wissenschaftlichem Wert. Sie sind Drillanstalten für die Zwecke der herrschenden Klassen, für die Anschauungen, für die Bedürfnisse dieser Klassen. Das ist der Grund, warum von diesen so gearteten Lehranstalten ferngehalten wird der Unterricht in der „Bürgerkunde“. Denn wenn der Stand unseres Verfassungswesens dargelegt werden soll, dann muß auch die Geschichte des deutschen und preussischen Verfassungslebens erzählt werden. Wenn den Schülern das preussische Wahlrecht erklärt werden soll, dann muß ihnen auch erklärt werden, wie es entstanden und warum es so geworden ist, wie es ist. Das aber würde bedeuten, daß der Lehrer den Schülern die Geschichte der preussischen Reaktion erzählt, daß er ihnen den Sinn der konstitutionellen Monarchie deutet, daß er ihnen berichten muß von den Verfolgungen derer, die den „modernen“ Staat haben schaffen helfen; von den Ränken derer, die der Schaffung des „modernen“ Staates aus egoistischen Beweggründen entgegengegriffen haben. Kurzum: In dem Moment, wo „Bürgerkunde“ gelehrt wird, wird notwendigermaßen das Sündenregister der bürgerfeindlichen Elemente des Staates aufgerollt. Diese innere Notwendigkeit, die sich aus der Natur der bisher verfaßten Bürgerkunde ergibt, sie ist das heiße Eisen, das die preussische Reaktion sich anzu-

lassen schent. Nur daher kommt es, daß in unseren Schulen vieles, vielerlei und viel Überflüssiges gelehrt wird, indes selbst die Anfangsgründe der Staatslehre und die einfachsten Grundlagen des Staatslebens gemieden werden wie ein Verbrechen, das man an der Jugend begehen könnte, wenn man sie über die wichtigsten Beziehungen des Staatsbürgers zum Staate selbst irgendwie objektiv aufklärte.

Immer dringender wird allerdings der Unterricht in der Bürgerkunde verlangt. Aber darf man sich einer Täuschung darüber hingeben, wie dieser Unterricht jetzt, bei dem herrschenden System, ausfallen würde? Wie der Religionsunterricht nicht als objektive Religionsgeschichte erteilt wird, sondern als Lendenunterricht zu dem bestimmten Zwecke, eine staatlich approbierte Gottesfürchtigkeit zu erzielen (nach dem Goetheschen Wort: „Sie denken, duckt er da, duckt er wo anders auch“); wie der Unterricht in der Geschichte erteilt wird, als ob sich die ganze Weltgeschichte nur abgewickelt habe, damit die jeweils angekommenen Fürstentümer im Glanze einzigartiger Größe erstrahlen: so wird, des dürfen wir nach Lage der Dinge gewiß sein, die Bürgerkunde unerbitlich so zugestutzt werden, daß sie brauchbar wird als eine Verteidigung und Verhimmelung der herrschenden Zustände und der herrschenden Klasse.

Die Grundzüge einer dem herrschenden System angepaßten Bürgerkunde würden durchaus den konservativen Anschauungen und Bedürfnissen entsprechen, denen zurzeit das ganze preussische Regierungssystem auf den Leib zugeschnitten ist. Jeder konservative Parteiführer würde bereit sein, das Programm einer solchen Bürgerkunde zu entwerfen. Er brauchte nur die tatsächlichen Verhältnisse abzuschreiben. Danach wäre der Staat ein Institut zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt des adligen Grundbesitzes, aber der übrigen Interessen nur insoweit, als die in erster Reihe zu berücksichtigenden Interessen jener Klasse nicht beeinträchtigt werden. Der Staat soll blühen und gedeihen, darum muß alles geschehen, was der wichtigsten Klasse der Staatsangehörigen, was der Landwirtschaft vor allem zugute kommt: Die Leute, die als adelige Großbauern Kartoffeln zu pflanzen, Spirit, Regierungsfreierendare und Gardelieutenants zu erzeugen pflegen, müssen als die Hauptstützen von Thron und Altar mit den Segnungen der Gesetzgebung in erster Reihe begünstigt werden. Sie sind der wesentlichste Machtfaktor in der Verfassung; die Rechte der Krone selbst sind nur insoweit gerechtfertigt, als sie mit den Herrschaftsansprüchen der maßgebenden Klasse nicht kollidieren. Diesen Grundlagen der Verfassung muß das Wahlrecht angepaßt sein, wie dies bei dem klassischen Dreiklassenwahlrecht in Preußen in bewundernswürdiger Weise der Fall ist. Und so weiter, und so weiter. Nichts leichter, als die politische Praxis, wie sie sich im preussischen Junkerstaat herausgebildet hat, in ein „bürgerkundliches“ System zu bringen! Entsprechend der berühmten „Wald- und Wiesenreligion“, deren sich einmal ein konservativer Führer im Parlament als seines für alle Fälle ausreichenden geistigen Besitzes gerühmt hat (während das Volk im orthodoxen Dogmen- und Buchstaben glauben erzogen werden muß), würde man also auch mit der größten Leichtigkeit eine schulgerechte Staatslehre, eine schulgerechte Bürgerkunde zurechtbescheln können, wenn es nötig wäre, der öffentlichen Meinung äußerlich nachzugeben. . . .

Wir bitten alle Freunde der Einführung der „Bürgerkunde“ als Unterrichtsgegenstand, freundlichst zu be-

denken, welches Schicksal zurzeit diesem Unterrichtsgegenstande namentlich in Preußen beschieden sein würde: Letzten Endes würde bei den heutigen Verhältnissen dieser Unterrichtsgegenstand auf eine konservative Propaganda-Agitation hinauslaufen. Da ist denn doch eine viel bessere, zuverlässigere, wertvollere, ethisch höherstehende Lehrerin des Volkes in politischer Beziehung die unabhängige, volksfreundliche Presse. Sie belehrt das Volk täglich über seine politischen Pflichten und Rechte, und sie tut dies nicht, um der herrschenden Reaktion willfährige, stumme, gehorsame Schafe in die Hürden zu treiben, sondern sie tut dies, um das Volk aufzuklären und geschickt über seine reaktionären Bedränger zu erheben. Die herrschende reaktionäre Kaste, die unser Vaterland, wie sie es schon im Jahre 1806 getan hat, in eine viel schlimmere Katastrophe drängen wird, wenn das Volk sich nicht rechtzeitig seiner reaktionären Bedränger erwehrt. Diese „Bürgerkunde“ ist ungleich wichtiger, richtiger und nützlicher, als das Zerbild von „Bürgerkunde“, mit dem gegebenenfalls der gerade und gesunde Sinn der Schuljugend innerhalb der Schulwände verwirrt und verdorben werden würde.

Soweit die „Volkszeitung“. Alles was sie von Preußen sagt, gilt auch von Lübeck, dessen Regierung ebenso reaktionär ist als die preussische. Überflüssig zu sagen, daß das einzige unabhängige volksfreundliche Blatt in Lübeck der „Lübecker Volksbote“ ist.

Wahlaufruf der finnischen Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Parteivorstand Finnlands veröffentlicht zu dem am 1. Februar stattfindenden Landtagswahlen folgenden Aufruf:

Proletariat Finnlands, sei wachsam auf deinem Posten! — Hilfe kann nur die Sozialdemokratie bringen!

Abermals haben wir Wahlen! Warum? Was will man mit der Auflösung der Volksvertretung in jedem Jahre bezwecken? Nichts anderes, als das Proletariat zu erschöpfen, seine Reihen zu sprengen, ihm die Kraft zu rauben, an der Spitze des Fortschritts Wache zu halten. Die Gewalthaber hassen das allgemeine Stimmrecht, welches das Proletariat sich in schweren Kämpfen erkungen hat. Sie hassen auch die Volksvertretung, weil die Stimme des Proletariats dort so mächtig hallt.

Wegen jeder kleinen Besserung der Lage des Proletariats hat man mit der bürgerlichen Mehrheit hartnäckig streiten müssen. Dennoch ist die Bedeutung der Volksvertretung sehr groß. Es ist keine Hoffnung auf irgend welche Besserung vorhanden, wenn das Proletariat nicht mit noch größerer Energie zeigt, daß es will und mit aller Kraft fordert, was ihm von Rechts wegen gehört.

Die politische Lage des Landes hat sich fortgesetzt verschlimmert. Die russische Regierung schickt sich an, die innere Autonomie Finnlands ganz zu zerstören. Die Militärfrage ist bereits — gegen die Verfassung — zu einer „gesamtstaatlichen“ erklärt worden und die Kontributionsmillionen werden widergesetzlich an Rußland ausgeliefert, um die Militärmacht der Reaktion zu stärken. Es ist beschlossen worden, die allgemeine Wehrpflicht auf Finnland auszudehnen, ohne die Volksvertretung zu be-

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walster.

185. Fortsetzung.

„Man, wie war Ihnen zumute, als Sie das letzte Mal von dieser Höhe schieden?“

„Lassen Sie uns nicht mehr daran denken, lassen Sie uns gehen, denn geklettert erklingt das Klauschen dieser Bäume, dunkle Gespinnster schauen aus dem Gebüsch und zwischen den Ästen hervor; das Tal da unten ist so sonnig und lieblich, es hat uns noch kein Leid gebracht. Laß uns zurückkehren, Elise, und wenn die Augen der Gesellschaft fragend auf uns blicken, darf ich dann sagen: Hier ist meine liebste Braut?“

„Um Sie, was Sie hierin für gut erachten und nun lassen Sie uns gehen.“

Als die beiden wieder sichtbar wurden, erhob sich Hermine von ihrem Sitze und ging ihnen entgegen.

„Sie haben sich wiedergefunden“, rief sie, indem ihre Augen sich mit Tränen füllten, „im Sinne meines dahingegangenen Bruders wünsche ich Ihnen das reichste Glück, des Himmels schönsten Segen, Sie haben es um ihn verdient, indem Sie seine Seele erretteten aus dem Wahn der Selbstsucht und der Nacht der Verzweiflung, aber lassen Sie sein Gedächtnis in sich nicht verlöschen, nehmen Sie ihn als freundlichen Genius unter die Schutzgötter Ihres Hauses auf. Er besaß nicht viel, der arme Georg, aber eine Anzahl recht schöner Gemäldes, die er, um talentvolle junge Künstler zu ermutigen, ankaufte, hat er hinterlassen, und die gebe ich Ihnen in meinem Sinne als Brautgeschenk.“

„Danke, tausend Dank, liebste Hermine, Du erleichterst mir das Herz mächtig mit Deinen Worten“, rief Elise, indem sie die blonde Schwester umarmte. „Sieh, ich brachte es nicht übers Herz, meinem Freunde seine große Schuld zu verzeihen, während ich gegen Deinen armen Bruder, der mir nichts als Liebe erwies, kalt bleiben mußte, aber nun ist sein Selbstdenken verführend zwischen uns getreten. Und hier, liebe Hermine, ist der Ort, wo Du mir das Schwesterliche „Du“ andolest, obwohl ich die Schwester eines armen Arbeiters und Du die reiche Erbin. Sage mir, wirst Du denn auch glücklich werden, wirst Du auch mit Deinem edlen Herzen einen edlen Mann beglücken, der Deiner würdig ist?“

„Ich glaube nicht, Elise, denn ein solcher hat sich nicht gefunden, der süße Worte der Liebe zu mir gesprochen, keiner wenigstens, von dem sie mir angenehm gewesen wären,

und sonst ist mein Weien zu ernst und zu scheu, als daß sich eine innigere Annäherung zwischen mir und einem gleichgenannten Manne finden ließe. Sobald mein Vater eine längere Reise vertragen kann, werden wir uns auf ein stilles Landgut in der Schweiz zurückziehen am Laufamer See.“

„Und Du wirst eine Nonne werden in dem Lande der Schweiz und wirst einen Ritter Loggenburg Dir nachziehen, was um so schlimmer für uns ist, als dieser Ritter einer unserer mutigsten Kämpfer mit den Waffen des Kriegers und den Waffen des Geistes ist.“

„Elise, Du wirst ja mutwillig in Deinem Glück.“

„Ich werde nicht mutwillig, liebste Hermine, aber wenn Du nicht gar so ernst und lebenskrank in Deinem schwarzen Kleide dreinschaust, würde einer unserer teuersten Freunde, der Deinem herben Bruder ein Verlöbniß ablegte, Dir längst zugestimmt haben, wie freudlos sein Leben sein würde, wenn es nicht von einem freundlichen, tiefgefühlenden blonden Engel, wie Du, verschönt würde.“

„Elise, Du wagst mir viel zu sagen, es ist hier gar kein Irrtum möglich?“

„Ich sage Dir, aus vier Wunden blutete sein Körper, als er noch immer Deines Bruders Leib vor neuen Wunden schützte, der leider keiner Wunde mehr bedurfte, nicht wahr, Swan?“

„So war's, und als er nach der erlösenden Hilfe zusammenbrach, meinte er lächelnd:

Hermine wird mit mir zufrieden sein.“

„Mein Gott, ich habe ihm noch nicht einmal dafür gedankt.“

Dann danke ihm heute, liebste Hermine, und laß einen Sonnenstrahl von Freude in Dein und Deines Freundes Herz fallen, wie es Deine Schwestern ja alle getan.“

Die Drei waren im langsamen Weiterwandeln bis zu der Gesellschaft zurückgekehrt, die das schon wieder erkaltete Mittagmahl kaum berührt hatte. Swan führte seine Braut zu Frau von Sokolow und fragte:

„Beste Frau Mutter, werden Sie sich wohl entschließen können, diesen lieblichen Engel als Tochter zu betrachten?“

Frau von Sokolow erhob sich feierlich, nahm die Hand Elises, küßte das Mädchen dreimal auf die Stirn und sagte:

„Sie lassen mich meinen Sohn lieber gewinnen. Sie sind von heute an meine zweite Tochter.“

Elise erröte tief, aber sie hatte nötig, ihre Verlegen-

heit zu bergen, denn mit einem Freudenstreich warf sich Olga an ihre Brust, überdeckte sie mit Küßen und rief dabei unter Tränen und Lachen:

„Nun habe ich auch eine Schwester und werde meinen Bruder nicht verlieren; ach, dieses Deutschland ist doch zu schön.“

„Sie sehen, liebes Fräulein Hildeisen, recht erregt aus“, sprach indessen Streit zu seiner Nachbarin.

„Wir sprachen von unserem Toten, für dessen Verteidigung Sie so viel getan.“

„O, wenn ich ihn doch hätte retten können, er war so gut; noch in der Todesstunde dachte er an das Glück der Überlebenden.“

„Man hat mir davon erzählt.“

„Man hat Ihnen davon erzählt, und Sie wissen das Geheimnis, das nur ein Sterbender dem verschwiegenen Raume meiner Brust entlocken konnte?“

„Ich weiß darum.“

„Sie wissen darum? Und Ihr Herz?“

„Sie werden uns oft besuchen, nicht wahr? Und eine Zeit wird kommen, in der wir uns ohne Bedenken freudigeren Gefühlen hingeben können.“

„Sie reichte ihm bei diesen Worten die Hand, die er, so verstanden wie möglich, an sein Lippen preßte.“

„Nein, es gibt wirklich Momente im Leben, in welchen die Erde ein kleines Paradies scheint“, rief Frank; wenn unsere Genossenschaft nicht zusammenwächst eisenerfest, dann weiß ich nicht, woran es liegen sollte. Jetzt bereue ich fast, daß ich und Wiegner, Wiegner und ich, wollte ich sagen, so voreilig waren; wir hätten auch in einem gemeinsamen Hochzeitsfeste unsere Bräutlichkeit beweisen sollen. Nun, das ist jetzt nicht mehr zu ändern, und Du tröstest Dich hoffentlich darüber, Fanny?“

Aber Fanny nahm von dieser Frage nicht die geringste Notiz, und sie tat recht daran.

„Ja, Fräulein Olga“, rief der Philosoph, jetzt sind wir wirklich noch die einzigen Sigengebliebenen und sollten uns mit einander beruhigen und trösten. Ich, meinerseits wäre imstande, Sie auf der Stelle zu heiraten.“

„Aber ich werde mich nicht heiraten lassen, Herr Mensch; das fehlte mir gerade noch, daß ich mir einen Philosophen zum Lebensgefährten erwählte, der alles besser wissen will wie ich, und es nach seinem Veruse auch soll.“

„Was jetzt haben aber immer Sie recht behalten, wenn ich mich recht erinnere?“

„Und so wird's auch diesmal sein.“

fragen. In gleicher Weise plant man auch, die Rechte der Gesetzgebung und der Selbstbesteuerung aufzuheben. Der Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit droht, trotz der verfassungsmäßigen Garantien, völlige Vernichtung. Es ist bereits verfügt worden, gesetzwidrige Abgaben zu erheben.

„Die bürgerlichen Parteien sind zum Teil bereit, unsere Rechte zu veräußern, zum Teil schicken sie sich mit immer größerer Bereitschaft an, die Bestrebungen der Feinde des Landes zu fördern.“

„Nur die Sozialdemokratie kämpft gegen die Unterdrückung.“

„Gegen jede soziale Besserung hat die Bourgeoisie einmütig gekämpft. So wenig die Volksvertretung auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung leistete, geht die Bourgeoisie darauf los, auch dieses menige auf dem Wege der Verwaltung zu vereiteln. Kommunalwahlrecht, Steuerreform, Unfallversicherung, Altersversorgung scheinen bei uns unerreichbare Dinge zu sein. Die Aufbesserung der Lage der Landlosen läßt auf sich warten, ebenso der allgemeine Schulzwang. Die Abholzung der Wälder dauert ungehindert fort, eine Neuordnung unserer Beamten läßt auf sich warten, die Ausgaben der Polizei nehmen ständig zu, anstatt sich zu verringern. Ebenso steht es mit anderen unnützen Ausgaben — obgleich die bürgerlichen Parteien die Regelung dieser Angelegenheiten ihren Wählern feierlich versprochen haben.“

„Die Bürgerlichen begünstigen die Reaktion. Mit Hilfe derselben hoffen sie immerhin das Volk zu hintergehen.“

„Was macht das Proletariat? Gibt es noch solche Proletarier, die von den Bürgerlichen etwas Gutes erwarten? Glaubt man noch an ihre Versprechungen? Die Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters ist, seine unwissenden Kameraden in diesen Dingen aufzuklären.“

„Frauen und Männer des Proletariats! Wenn ihr eure Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten gebt, so stimmt ihr gegen die russischen und einheimischen Gewalthaber und für die einzige Partei, die wirklich für soziale Besserung kämpft!“

„Also: für Freiheit, Fortschritt und Volksrechte! — Gegen die Knechtung, Unterdrückung und Ausbeutung!“

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 26. Januar 1910.

24. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dernburg.

Südwestafrika.

Die zweite Beratung der Nachtragsetats wird fortgesetzt.

Dr. Arendt (Rp.): Die hier herrschende freundliche Übereinstimmung hat durch Herrn Ledebour allerdings eine kurze Unterbrechung erlitten. Dennoch bedeuten diese Verhandlungen das Ende unserer kolonialen Kämpfe. Auch Herr Ledebour hat seine frühere Festigkeit nicht mehr. Es handelt sich bei ihm nur noch um eine Art Rückzugsgesicht. Es ist ein Glück, daß die Diamanten nicht früher gefunden worden sind. Herr Dernburg hat das Verdienst, den glücklichen Zufall im Ausban der Kolonie zu verwenden. Durch die Vorkommnisse in Lüderichsbucht wollen wir uns die Freude an der Kolonie und die Sympathie für unsere Kulturpioniere nicht veretein lassen. Die Vorkommnisse erklären sich aus der großen Erregung und den unsicheren Rechtsverhältnissen. Aber den neuen Vertrag mit der Kolonialgesellschaft will ich jetzt nicht ipreden. Aber die gesamte Diamantenpolitik des Staatssekretärs findet meine ganze Anerkennung. (Bravo! rechts.)

Stora (Sp.): Nach gewissen Äußerungen aus Lüderichsbucht kann man auf einen wahren Diamantenföcher schließen. Herr Ledebour hätte nicht als Verteidiger des Bürgermeisters Kreplin auftreten sollen. Die Diamantenpolitik des Staatssekretärs billigen wir, sind aber nicht seiner Ansicht, daß der kaufmännische Geist ein Hindernis für seine Betätigung im Reichstage findet. (Bravo! bei den Freil.)

„Nun, dann muß ich freilich aus meinem Dienstverhältnis zu Ihnen scheiden und, so leid mir's tut, ein anderweitiges suchen. Dann, leben Sie, das Sagestolzleben habe ich nunmehr gründlich durchgeliebt und ich möchte auch wohl das Eheleben probieren, bevor ich hierzu zu alt werde.“

„Und Sie denken, ich werde Ihnen das ohne weiteres hingehen lassen, nachdem Sie sich als lebenslänglicher Dienstmann gegen mich verpflichtet? Ich entlasse Sie nicht aus dem Kontrakte.“

„Aber Heiraten ist nichts ausgemacht.“
„So? Sie meinen, ich sollte einen verheirateten Diener hianehmen, womöglich gleich die Frau mit in Kauf? Vielleicht gar noch eine, die mir aus Eifersucht Szenen spielen? Nichts da, das ganz besondere Wesen unseres Betrages schließt die Ehe selbstverständlich aus. Ich werde die ganze Stränge der Gesetze gegen Sie anrufen, und nicht wahr, Herr Advokat, Sie werden meinen Prozeß führen? Sie sind ja jetzt der berühmteste Rechtsanwält geworden.“

„Es ist eine mühsliche Sache,“ entgegnete Streit lächelnd, „der Kontrakt scheint mir zu einseitig nur be- stehend für den einen Teil, ohne alle Gegenleistung von der andern Seite. Solche Kontrakte werden gewöhnlich vom Gerichte nicht für bindend angesehen. Und außerdem, Fräulein, will er auch mir nicht billig erscheinen: Unbilliges aber habe ich mir vorgenommen, niemals zu vertreten.“

„So? Nun, wissen Sie, Herr Reich, dann will ich mich mit Ihnen vergleichen; wir wollen vierteljährliche Rün- digung vereinbaren. Ich habe mich nun einmal an Sie gewöhnt, und dann werde ich wohl nicht gleich einen andern Millio- när annehmen, der sich so uneigennützig als Dienstmann ver- bindlich macht.“

„Uneigennützig? Glauben Sie nur nicht an so etwas im Zeitalter des Egoismus. Nein, nein, ich weiß wohl, warum ich es tue. So lange ich lebe, habe ich nie ein menschliches Wesen gesehen, das ich mit solchem Ver- trauen angehehen hätte, wie Sie; der Himmel ist dagegen ein bloßes Segelnetz, die Sterne gewöhnliche Insektizide gegen das Licht Ihrer Augen, das Rauschen der Blätter und des Wassers des Baches sind Verleumdungen gegen Ihr malträtißes Flaudern, und wenn ich die vierteljährliche Rün- digung annehme, so tue ich es nur mit der Bitte: mir ein Brevetiaire vorher die Versicherung zu geben, daß Sie mir zum nächsten Quartal nicht kündigen werden, sonst laufe ich zum zweiten Male vor der Kündigungsfrist ein Brevetiaire eher weg.“
„Nein, nun hört wirklich alles auf,“ rief Frank, indes die anderen über diese neue Art der Liebeserklärung lach-

Staatssekretär Dernburg: Die einstimmige Zustimmung zu den Bahnvorlagen ist sehr erfreulich. Die Bahnen, an welchen es noch sehr mangelt, werden das Land wirtschaftlich erschließen. Redner geht auf die Finanzierung der Bahnen ein, die im ganzen 71 Millionen kosten sollen. — Die Gemüter in Westafrika werden sich hoffentlich beruhigen. Die Ansiedler müssen einsehen lernen, daß von der Zentralfstelle in Berlin regiert wird, die dem Reichstage verantwortlich ist, dann werden sie auch in lokalen Fragen die Bewegungsfreiheit erhalten, die ihnen zukommt. (Bravo!)

Lattmann (Wg.): Die Bahn fördert das Interesse der Industrie und der Arbeiter. Die Sozialdemokraten hätten ihr zustimmen müssen. Die Diamantenpolitik des Herrn Dernburg erkennen wir an.
Erzberger (Z.) warnt vor der Monopolwirtschaft einer einzigen Gesellschaft in Südwestafrika.
Der Nachtragsetat wird nach den Beschlüssen der Kom- mission genehmigt, die Deutsche des Bürgermeisters Kreplin wird für erledigt erklärt. Ein weiterer Nach- tragsetat wird debattelos bewilligt.

Es folgen Rechnungsachen.
Bei der Übersicht der Einnahmen und Aus- gaben der afrikanischen und polynesischen Schutzgebiete für 1903 rügt

Dr. Görke (M.) die „Wirtschaft aus dem vollen“ in den Kolonien und gedenkt unter großer Beifall des Hauses der 500 000 Paar Strümpfe und 300 000 Unterhosen, die der Staatssekretär jetzt zu verkaufen hat. Für Reise- kosten sollten ferner nur die wirklichen Ausgaben ersetzt werden.

Reichschatzsekretär Wermuth stellt „Halbtunlichst“ Ab- hilfe in Aussicht.

Erzberger (Z.): Was helfen alle Sparsamkeitsbe- schlüsse der Budgetkommission, wenn sie nicht befolgt werden? Auch die „Halbtunlichste“ (at. Heiterkeit) Abhilfe des Schatz- sekretärs hilft wenig. Es ist dringend nötig, mit der Spar- samkeit ernst zu machen. (Beif. l. Z.)
Die Übersicht von 1903 wird genehmigt, ebenso de- battelos weitere Rechnungsachen.

Der Militärretat.

Die Beratung beginnt beim Titel: Gehalt des Kriegs- ministers (50 000 Mk.).

Haeussler (Z.): Der Militärretat weist eine Reihe von Ausgaben auf, die mit der Kriegstüchtigkeit nichts zu tun haben. Auch würde eine Einschränkung der Leutnantsstellen die Kriegstüchtigkeit des Heeres nicht erheblich herabdrücken. — Das wichtigste militärische Problem ist die Herabsetzung der Dienstzeit ohne Verminderung der Qualität des Heeres. Eine Lösung verlangt auch die Heranziehung der Jugend zu allen körperlichen Aufgaben, die sie in Mannesjahren zu er- füllen haben. Die bisherigen Maßnahmen kommen nur auf die früher mit Recht zurückgewiesenen Soldatenpielereten hinaus. (Sehr richtig b. d. Soz.) Wir brauchen eine Organi- sation nach japanischem Muster, welche schon in der Ju- gend den Körper stärkt und den jungen Leuten, gegen- über den entwertenden Einflüssen unserer Zeit, den Geist kriegerisch erhält. Die Heeres- Verwaltung hat eine Reihe von Vereinfachungen getroffen, denen ich die Anerkennung nicht verlagen kann. Das neue Exerzierreglement ist ein Fortschritt. Das Verbot des Stroh- schrittes wird hoffentlich der Gesundheit der Infanteriemann- schaften zugute kommen. Der gewaltigste Kosten des Etats ist die Summe für Naturalverpflegung. Wenn wiederum eine Million mehr gefordert wird, so müssen wir diesen Kosten mit Rücksicht auf die Finanzlage genau prüfen. — Die Manöver sind Hochschulen für die Führer. Mehr als in jeder andern Kunst gilt in der militärischen das Wort: Kritiker ist leicht, besser machen ist schwer. (Gr. Pft. und sehr richtig links.) Was uns die großen Manöver kosten, muß durch den Wegfall großer Paraden wieder eingebracht werden. Auch die Heeresverwaltung könnte zweifeln den Rat eines tüchtigen Kartennanns recht gut brauchen. Rasam ist z. B. die Loslösung aller Verwaltungszweige, welche mit der mobilen Armee nichts zu tun haben. Großes Aufsehen erregte ein Duell in Halberstadt. Der Platz soll dabei von Soldaten abgesteckt und Sanitätswagen sollen zur Stelle gewesen sein. Hierfür fehlt mir jede parlamentarische Be- zeichnung. (Sehr wahr l. Z.) Die grundsätzliche Unter- drückung des Duells erscheint hier in recht eigenartigem Licht. — Redner schließt mit einem Appell an die Sparsamkeit. (Bravo! l. Z.)

Dr. Osann (M.) gedenkt anerkennend des Kriegs- ministers von Einem, befürwortet alsdann Sparsamkeit und

macht einige Vorschläge in dieser Richtung. So dürfe z. B. aus Reisegebühren kein Profit geschlagen werden. Auch sei es unverständlich, daß jeder kommandierende General neben dem Gehalt von 13 000 Mk. eine Zulage von 18 000 Mk. erhalte. (Hört, hört! links.) Viele Regimenter bestehen ausschließlich aus Adeligen. (Hört, hört! links, Unruhe rechts.) Die Regimenter mit bürgerlichen Offizieren stehen merkwürdigerweise alle an der Grenze. Der Kriegsminister sollte dafür sorgen, daß die berechtigten Beschwerden der Handwerker und Zivilmister über die Konkurrenz der Öko- nomiehandwerker und Militärmuster Abhilfe finden. — Der häufige Ausschluß der Öffentlichkeit bei Kriegsgerichtsver- handlungen, zumal gegen Offiziere, stärkt nicht die Autorität der Militärgerichtsbarkeit. (Sehr richtig! links.) In Unbe- tracht der großen Lasten, welche unsere Rüstungen dem Volke auferlegen, sind die Mühen nach Abrüstung begreif- lich. Wir sehen aber in England, daß die Fragen der Wehrmacht den Wahlkampf beherrschen. Wir müssen daher unsere Wehrmacht erhalten und stärken. (Lebhafter Beifall b. d. Natl.)

Bayer. Generalleutnant v. Gelfattel widerspricht der Behauptung des Vorredners, Bayern stehe in der Sta- tüte der Militärkriminalität am ungünstigsten da. Der Ge- neral sei der Fall, er könne sich auf einen gewiß unverdäch- tigen Zeugen, den Abg. v. Vollmar berufen, und weise diese Verdächtigung des bayerischen Heeres entrüstet zurück. (Lebh. Beifall rechts.)

Stücken (So.): In andern Staaten ist es Brauch, daß ein neuer Kriegsminister im Parlament ein Programm entwickelt. Bei uns ist das unmöglich, denn ihm wird alles von gewisser Stelle vorgeschrieben, einer Stelle, die dem Reichstage nicht verantwortlich ist und mit der Befassung schwer in Einklang gebracht werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber Beschleunigung, Beförderung und Pensionierung bestimmt das Militärkabinett. Vorlagen werden dort aus- gearbeitet, und der Kriegsminister, der sie hier vertritt, ist für uns, den Reichstag, nur so eine Art verantwortlicher Redakteur, der in die Redaktion nicht hineintreten darf. (Zur- ruf bei den Sozialdemokraten: Sitzredakteur!) Gr. Heiter- keit links.) Wer bei uns Kriegsminister ist, ist an sich ganz gleichgültig. Auf das System hat er keinen Einfluß. Wir sind Gegner des stehenden Heeres. Im Frieden haben wir 682 525 Mann unter Waffen, und die Kosten betragen annähernd 900 Millionen. Was könnte für diese Summe auf kulturellem Gebiete alles geschaffen werden! Niemand will doch behaupten, daß in Deutschland bereits alle Kultur- aufgaben gelöst sind. Sie müssen zurückgehen, weil keine Mittel da sind. Mit den Ausgaben für das stehende Heer ist auch der Pensionsfond gewachsen. Im gegenwärtigen Etat beträgt er 108 Millionen (Hört! hört! b. d. Soz.) Das liegt an unserm System der Pensionierung. Nicht selten werden Offiziere in den besten Jahren pensioniert, sei es, daß sie jemandem im Wege stehen, oder daß sie einem Vor- gefetzten nicht gefallen. Die Militärverwaltung scheint selbst zu fühlen, daß hier große Ungerechtigkeiten vorkommen, des- halb ist sie bestrebt, Stellen im Etat zu halten, in denen solche Offiziere untergebracht werden. Es findet sich eine ganze Reihe solcher Sinekuren im Etat. Dies System belastet die Steuerzahler immer mehr. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Schuldenlast des Reiches, die auf mehr als 5000 Millionen angewachsen ist, verdanken wir zum größten Teil dem Militärwesen. Soviel man hört, besteht die Ablicht, den Regimentern mit zwei Bataillonen ein drittes anzugliedern und ferner ein oder zwei neue Generalkommandos zu errichten. Wir werden also wieder gewaltige Mehrausgaben zu erwarten haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist ein merkwürdiger Beweis unserer Friedensliebe, auf den die benachbarten Staaten ebenfals mit Vermehrung ihrer Armeen antworten werden. Bezeichnend ist, wenn Fürsten sich besuchen, so werden ihnen nicht die Errungenchaften der Kultur vorgeführt, sondern sie zeigen einander ihre Soldaten und ihre Bajonette. Sie scheinen das für einen Maßstab der erreichten Kulturhöhen zu halten, aber in Wirklichkeit sind gerade die Rüstungen eine fortgesetzte Gefahr für den Frieden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist ein offenes Geheimnis, daß das Offizier- korps seine Kenntnisse auch erproben will, und es sind nicht gerade untergeordnete Offiziere, die sich so auslassen und mit dem Säbel rasseln. Ich erinnere an General von Deim- ling, der von dem „Bequästel von dem ewigen Frieden“ ge- sprochen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Er steht nicht in Südwestafrika, sondern an der französischen Grenze und solche Äußerung an solcher Stelle ist nichts anderes als eine Provokation. (Lebhafte sehr

erben die neuesten ihm überbrachten Zeitungsblätter durch- flogen. Wichtige Dinge sind zu vermelden.“
„Wir sind ganz Ohr,“ erklärte Frank, „obwohl ich gegen den Ausdruck „Erstere“ im Namen meiner Frau ent- schieden protestiere.“
„Nun wohl, so hört, was die „Landesztg.“ zu melden hat: „Se. Majestät, unser allergnädigster Monarch, haben im Angesichte der in seinem Lande tatsächlich plagiagruften Verhältnisse allerhöchst beschlossen, für sich und seine aller- höchsten Familie auf alle Privilegien, welche mit der Krone verknüpft waren, zu verzichten und als freier Bürger im freien Staate zu verbleiben.“
„Bravo! Bravo!“ ertönte es aus der dichtgedrängten Schaar der eifrig Zuhörenden.

„Desgleichen haben Se. Majestät, um für das nächste Woche zusammentretende, allgemeine Parlament im Sinne des Friedens zu wirken, durch die von ihm ernannten Mit- glieder der Regierung eine Aufforderung an die konservative Partei richten lassen, mit Hintansetzung liebgewonnener und altgewohnter Anschauungen im persönlichen Geiste und mit Vertrauen in die neu zu schaffenden Verfassungsgrundlagen an die Wahlurne zu treten und im übrigen das Beispiel dessen nachzuahmen, der von allen Staatsgliedern das meiste zu opfern hatte.“
„Bravo, sehr gut!“ tönte es von neuem.

„Es ist in diesem Sinne durch den Kgl. Regierungs- bevollmächtigten, Se. Excellenz dem Herrn von Hohenhausen, ein Zirkular ergangen, welches auch den weitgehendsten Wünschen und Hoffnungen der siegreichen Arbeiterpartei ent- gegenkommen dürfte. Auch ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der beabsichtigte Massenaustritt unseres Adels und an- derer konservativ gesinnter Bürger aus dem Staatsverbande unterbleiben wird.“
„Sehr schön,“ rief Frank, „das schlägt unsere liberalen Bourgeois doppelt. Einmal prophezeiten sie den Ruin des Landes durch Wegzug aller Kapitalisten, und das andere Mal hofften sie noch mit Hilfe der Konservativen durch geniale Wahlumtriebe die Majorität im Parlament zu er- langen. Sie vergaßen wohl ganz, daß alle wichtigen Beschlüsse zuvor noch die Sanktion des Volkes durch Abstimmung er- langen müssen, und zwar so, daß wenn der Majoritätsbe- schluß bei der Urabstimmung durchfällt, der Minoritätsan- trag zur Urabstimmung gelangen muß. Und da müßte es merkwürdig sein, und da müßten wir nicht die Feder zu führen verlieren, wenn jene das Volk zu einem ungesunden Geleise verleiten könnten. Ich muß der „Deutschen Zeitung“ unbedingt einen belehrenden Artikel über die Segnungen der direkten Gesetzgebung durch das Volk widmen.“

„Eid Ihr denn nun endlich fertig mit euren Herzens- geschichten, und könnt Ihr wieder einmal etwas Ernstes sagen,“ sprach Lange mit komischer Enttäufung, nachdem

ten, „zwei Heiraten fertig, drei in nächster Aussicht und so etwas Ähnliches in ferreter Zukunft zunächst mit viertel- jährlicher Kündigung. Habe stets die Ehe als ein verwerf- liches Institut angesehen, da es den Zwang an Stelle der allein menschenwürdigen Freiheit setzt und den Familien- egoismus erzeugt, welches das Gemeinwesen schädigt. Darum bin ich nicht ohne Gewissensbisse an diese meine Ehe gegangen; hätte ich aber ohnen können,“ daß mein böies Beispiel so viele verführen würde, so hätte ich es gewiß nicht getan, nur um das Prinzip zu retten. Jedenfalls aber wird man mich nachsagen, daß ich nicht aus Eigennuz geseht, nicht um des Geldes willen, da ich keine Million heirate, auch kein klingendes Kapital, obwohl ich nun selbst so ein Stückchen Kapitalist ge- worden bin.“
„Vergessen Sie nicht, Herr Frank, daß wir dem sozialen Staat entgegen sehen, wo das Kapital Staatseigentum wer- den möchte.“
„Donnerwetter, habe ich Bed, ich gerate in eine be- neidenswerte Stellung nach der andern, bloß um den Schmerz des Verlustes zu empfinden. Eben erit Regierung- mitglied, ohne die Regierung antreten zu können, und jetzt Kapitalist im Angesichte des Volksstaates. Mein einziger Trost ist, daß andere mehr verlieren können, daß es den Millionären und den Millionärinnen nicht besser geht. Ja, ja, Herr Mensch, Sie werden noch einmal bluten müssen.“
„Glücklicherweise habe ich soviel nicht mehr zu verlieren, denn die Revolution hat mich ein anständiges Sümmechen gekostet und wenn ich die Pensionen kapitalisiere, die ich den Hinterlassenen meiner gefallenen Soldaten und denen, die invalid geworden sind, ausgesetzt habe, so wird von der Million nicht allzuviel übrig bleiben. Jedenfalls aber kann ich dann mit Stolz von mir auf die Staatenlenker herab- blicken, welche, nachdem sie ihre Soldaten für „Gott, König und Vaterland“ haben sterben lassen, dieselben zum Stan- dal der Welt mit Stetfuß und dem Leierkasten im Lande herumtaufen ließen. Wenn ich etwas dabei bedaure, so ist es nur, daß der Verlust der Million mit den ein- zig interessanteren Zug raubt, der mich von anderen ganz gewöhnlichen Menschen auszeichnete und daß ich somit eher einer Kündigung ausgesetzt bin.“
„Gerade so würde es mir vielleicht ergehen,“ meinte Frank, „wenn ich mich nicht zeitig genug durch die Trauung verichert hätte, denn Fanny, gestehe es nur zu, du hast mich doch nur des Geldes wegen geliebt?“
„Eid Ihr denn nun endlich fertig mit euren Herzens- geschichten, und könnt Ihr wieder einmal etwas Ernstes sagen,“ sprach Lange mit komischer Enttäufung, nachdem

(Schluß folgt.)

Stichtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese und andere Äußerungen wie z. B. die des Generals Keim in der Senaer Ortsgruppe des Flottenvereins sind nichts anderes als eine ganz unverantwortliche Ketzerei. (Zustimmung bei den Soz., leb. Widerspruch rechts.) Es muß aber an dieser Stelle betont werden, daß die große Masse des deutschen Volkes den Darlegungen dieser sabeltraffenden Generale keinen Wert beimißt. (Zust. b. d. Soz.) Auf bürgerlichen Friedenskongressen werden allerdings die schönsten Friedensreden gehalten, aber dieselben Leute, die dort eine Rolle spielen, bewilligen dann im Reichstage alles, was zu Kriegszwecken verlangt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was man als die eigentliche Aufgabe der Armee ansieht, hat das Blatt der Kriegervereine „die Parole“ am 16. Januar geschrieben. Da heißt es: „Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß wir trotz des Friedens nach außen gegen den inneren Feind auf der Wacht sein müssen.“ (Hört, hört! b. d. Soz., Sehr richtig! rechts.) Das ist nicht sehr richtig, sondern sehr falsch. Denn wir denken nicht daran, Deutschland über den Haufen zu werfen. Unser Kampf zielt vielmehr dahin, daß in dem Haus, in dem wir alle wohnen, nicht nur die oberen Zehntausend, sondern das ganze Volk sich wohl fühlen soll. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Gerade der Tätigkeit der Massen, die als innerer Feind angesehen werden, verdanken wir den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands in erheblichem Maße. (Widerspruch rechts.) Ich erinnere aber an das Eingreifen des Militärs in Mansfeld, das war keine vornehme Aufgabe für die Armee. Auch bei Wahlrechtskundgebungen in Preußen hat man die Truppen bereit gehalten. Aber den Gefallen werden wir den Reaktionsären nicht tun, daß wir zur Gewalt greifen. Wir wollen doch einmal abwarten, ob man wagen wird, auf friedliche Massen zu schießen, die ruhig ihre Straße ziehen. Das Recht auf Straßendemonstrationen lassen wir uns durchaus nicht nehmen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch in anderen Kreisen ist die Zufriedenheit mit dem Militarismus keineswegs eine überaus große. Der Adel wird noch immer bevorzugt. Allerdings bei den technischen Truppen, wo besondere Fähigkeiten verlangt werden, ist er am schwächsten vertreten. Die sogenannten Sparsamisse im Etat sind merkwürdiger Art. Die ganzen Sparsamisse befinden sich bei den einmaligen Ausgaben und in Wirklichkeit hat man einfach Forderungen, die man in diesem Jahre stellen wollte, halbiert und die andere Hälfte auf das nächste Jahr verschoben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wirklich gesparrt könnte nur bei den fortlaufenden Ausgaben werden. Radikal könnte vor allem gespart werden durch eine Verkürzung der Dienstzeit. Es scheint aber, man will die verkürzte Dienstzeit als Handelsobjekt benutzen. Bei Einbringung der nächsten Militärvorlage soll sie wohl den bürgerlichen Parteien angeboten werden. Wenn das einjährige Privilegium beseitigt würde, dann würde auch sehr bald aus bürgerlichen Kreisen die Verkürzung der Dienstzeit gefordert werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Heute werden ja die Soldaten zu allen möglichen Dingen verwendet, die mit ihrer Ausbildung nichts zu tun haben: Als Treiber bei der Jagd, als Landarbeiter, ja diesen Sommer mußten in Joppor, als die Kellner streikten, 20 Leibgardehularen den dort weilenden polnischen Adel als Kellner bedienen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist nur gut, daß es keine Schullehrer in Kattowitz waren. (Sehr gut! bei den Soz.) Alle diese Verwendungen weisen darauf hin, daß die Dienstzeit sehr wohl verkürzt werden könnte. Auch darf nach unserer Meinung die Militärbehörde in die wirtschaftlichen Kämpfe überhaupt nicht eingreifen, dadurch daß sie Soldaten als Streikbrecher stellt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Und was hat es mit der Kriegstätigkeit zu tun, wenn das Militär meilenweit Spalier bilden muß, wenn der Kaiser von Rußland kommt, nur weil er ganz unbegründeterweise in Deutschland für sein Leben fürchtet. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir wollen auf dem Wege der Verkürzung der Dienstzeit zum Militär gehen. In der Schweiz bekommt der Soldat keine volle Ausrüstung auch mit nach Hause, auch sein Gewehr. Dort hat man offenbar keine Angst, obwohl es ja dort auch sehr viele Sozialdemokraten gibt. Wenn man dieses Verlangen an unsern Herrn Kriegsminister stellte, würden ihm wohl die Haare zu Berge stehen. (Stimm. Heiterkeit im ganzen Hause wegen der ausgeprägten Glage des Kriegsministers.) Ich sehe nicht ein, was es mit der Schlagfertigkeit der Armee zu tun hat, daß wir dem Kaiser von Rußland einen Koputanten für 84000 Mark jährlich stellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aberflüssig sind auch die teuren Salate und Dienstwohnungen der einzelnen Gouverneure. Und dabei sucht man durch verschiedene kleinliche Vorschriften den Anchein der Sparsamkeit zu erwecken, so z. B. hat der Kriegsminister das Obit, das in seinem Garten wächst, zu bezahlen. (Stimm.) Das Zulagegeld der Offiziere muß beschnitten werden. Man hat graue Uniformen nur für den Ernstfall angefertigt, weil man den Soldaten die Freude an der bunten Uniform nicht nehmen wollte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieses kostspielige Vergnügen hat mit der Ausbildung nicht das mindeste zu tun. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wozu wir Ober-Intendanturräte haben, ist nicht ersichtlich. Man hat mir gesagt, sie seien ganz überflüssig. Die bayerischen Partischere müßten auf die Zivilliste übernommen werden. Die Soldaten konnten heute schon höhere Löhne haben, wenn das Zentrum bei der Beamtenvorlage nicht ausgerechnet diese vierzehn Millionen getrichelt hätte. Dabei hat die neue Mehrheit dem Soldaten sogar noch das Glas Bier und die Zigarre verteuert. Alle unsere Verjuche, dem Soldaten höhere Löhne zu verschaffen, sind gescheitert. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf die angekündigte Reform des Militärstrafgesetzbuches setzen wir leider keine großen Erwartungen. Es wird wohl bei den drakonischen Strafen gegen die Soldaten bleiben. Ein Offizier aber, der im Duell ein Menschenleben vernichtet, wird nach wie vor auf der Festung seinen angenehmen Zerstreuung finden oder begnadigt werden. Ein Sergeant des 46. Regiments erhielt wegen 40 Mißhandlungen 870 Tage Gefängnis, die in 28 Tage Militärarrest zusammengezogen wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) In Sachsen wurde aber ein Soldat, der sich weigerte, sich operieren zu lassen, zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! bei den Soz.) Redner erörtert hierauf den bekannten Fall in Bonn, wo der Unteroffizier Beuth von zehn Einjährigen, teilweise Angehörige der Bonner „Vorussia“, mißhandelt wurde. Soweit es sich um Studenten des hochfeudalen Korps handelte, wurden sie dadurch bestraft, daß das Korps auf einige Zeit suspendiert wurde. Auf die Anklagebank wegen Hausfriedensbruchs kamen sie nicht. (Lebh. Zustimmung links.) Der Oberst bestrafte die Herren mit drei Tagen Militärarrest, soweit sie Einjährige waren. Nach § 106 des Militärstrafgesetzbuches hätten aber wegen Zulassung und Mißhandlung eines Vorgesetzten 5 Jahre verhängt werden müssen. Das ist hart, aber wenn der Paragraph gegen Soldaten angewendet wird, so verlangen wir gleiches Recht gegen Einjährige. (Lebh. Zustimmung.) In letzter Zeit hat die Heeresverwaltung ihre Aufmerksamkeit auch der Jugend zugewandt, und der Kriegsminister hat die Generalkommandos angewiesen, Schülern und Fortbildungsschülern die Möglichkeit des Zuschauens bei Paraden und Wandern zu geben. Öffentlich bekommen sie bessere Plätze als jene Kriegervereiner, die nur in eine große Staubwolke eingehüllt waren

und garnichts zu sehen bekamen. Vor allem aber müssen wir die gleichmäßige Behandlung verlangen. Vom Tempelhofer Feld wurde durch den Kriegsminister ein Fußballklub weggenommen, weil eines seiner Mitglieder Sozialdemokrat war. (Hört, hört! bei den Soz.) Übrigens haben wir die militärische Jugendberziehung, die heute auch die bürgerlichen Parteien fordern, schon längst verfochten, vor allem ist Bebel seit Jahren dafür eingetreten. Aber damals verachteten Sie das als sozialdemokratische Utopie. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokr.) Wenn Sie glauben, die Jugend zu begeistern, indem Sie ihr die glänzende Außenseite des Militarismus zeigen, so werden wir dafür sorgen, daß sie auch die Schattenseiten des Militarismus kennen lernen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Der Kriegsminister hat versagt, daß den Kriegervereinen Gewehre und Patronen zur Verfügung gestellt werden. Gegen solche Verwendung von Staatseigentum müssen wir umso mehr protestieren, als die Kriegervereine politische Vereine sind. (Widerspruch rechts.) Sie sind nichts als Hülstruppen im Wahlkampf für die reaktionären Parteien — (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ein künftiger Krieg muß an Furchtbarkeit alles übertreffen, was die Welt je gesehen hat. Der Generalmajor A. D. v. Blum hat jüngst nachgewiesen, daß Deutschland 1870 nur ein und eine halbe Million Streiter stellte, heute dagegen 4 1/2 Millionen. Ebenso sind die Armeen der anderen Länder gewachsen. 17 Millionen kädlich würden die Kosten eines künftigen Krieges betragen. Unser Schatz im Juliusturm würde also gerade für eine Woche reichen. Wenn es zum Krieg kommt, so leblich, weil die Interessen der besitzenden Klassen kollidieren. Die Arbeiter haben überall das gleiche Interesse, sie haben überall den Kampf gegen das Ausbeutertum zu führen. Deshalb bekämpfen wir die Kriegshetze und den Chauvinismus und führen den Kampf weiter gegen die Ausbeuter der Massen, gegen den futurfeindlichen Militarismus und für den Frieden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Deeringen dankt den ersten Rednern für ihre Ausführungen. Eine Bevorzugung des Adels sei nicht bekannt. (Widerspruch links, im Zentrum und b. d. Soz. Zurufe b. d. Soz.: „Nun hören Sie aber auf!“ — Heiterkeit.) Es ist bemängelt worden, daß Soldaten zur Sicherung S. Majestät des Kaisers von Rußland herangezogen wurden; das geschah nicht, weil der Kaiser von Rußland Furcht hatte, sondern weil die deutsche Regierung (Zuruf b. d. Soz.: „Kurdt hatte!“ — Heiterkeit) die Pflicht hatte, für die Sicherheit des hohen Gastes zu sorgen. (Lachen b. d. Soz.) Der Fall Reich in Bonn ist mir nicht attentionfähig bekannt, verhält es sich aber wie dargestellt, so ist das Urteil bedenklich. (Hört, hört! links.) Das Verhältnis des Kriegsministers zum Militärcabinet hat schon mein Vorgänger hier versucht, im rechten Lichte darzustellen. Was seiner Beredsamkeit nicht gelang, wird mir auch nicht gelingen. (Sehr richtig! links. — Heiterkeit.) Die Frage der Dienstzeit sei eine außerordentlich wichtige; jedenfalls ist es eine Verneinung des Kriegsministeriums, wenn man behauptet, sie solle zu einem Handelsobjekt gemacht werden. (Beifall rechts.)

v. Liebert (Abg.): Wenn es nicht so spät wäre, würde ich die Rede des Abg. Stücken zerstückeln. (Zuruf links. — Lachen bei den Soz.) Dem General Keim usw. muß es gestattet sein, wie jedem, seine Weltanschauung darzulegen. Redner rühmt die Sparsamkeit in der Armee und spricht für eine Wehrsteuer. Wir müssen unter Pulver trocken halten und auf dem Volke sein. (Bravo! rechts.)

Das Haus verjagt sich auf Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung.)

Schluß 7 Uhr.)

Aus der Partei.

Wegen Verleumdung wurde Genosse Brenner vom „Volksfreund“ in Braunschweig zu 60 Mk. Geldstrafe eventuell 6 Tagen Haft verurteilt. Das Gericht erblickte die Verleumdung in einer humoristisch gehaltenen Sonntagsplauderei.

Zur Essener Wahlrechtsdemonstration. Die von vielen Blättern gebrachte Meldung, daß anlässlich der Wahlrechtsdemonstration in Essen im Wegerothgürtel junge Wurschen Steine auf die Polizei geschleudert, die Polizei dann blank gezogen und Leute verletzt habe, ist absolut unrichtig. Es ist weder den Demonstranten irgend etwas von diesem Vorkommnis bekannt, noch erwähnt der Polizeibericht dasselbe.

Ein feiner Mann. Ein gewisser Oberhaus in Dortmund, der vor Monaten aus der Partei ausgeschlossen wurde, dann klagte, aber dabei sehr schlecht abschnitt, hat gegen einen alten Genossen Karl Köhler und gegen den sozialdemokratischen Stadverordneten Bartels Anzeige wegen Meineid erlassen. Die Genossen waren in dem erwähnten Prozeß Zeugen. Diese neue Schuferei des Oberhaus wird sicher ohne Erfolg bleiben.

Leonid Schischko gestorben. In Paris ist am Donnerstag einer der alten Vorkämpfer der russischen Revolution, Leonid Emanuelowitsch Schischko, im Alter von 57 Jahren gestorben. Er entstammte einer Adelsfamilie und war für die militärische Laufbahn erzogen worden. Aus der Petersburger Artillerieschule als einer der besten Schüler mit einem Leutnantenpatent ausgezeichnet, trat er jedoch als Neunzehnjähriger mit einer Gruppe revolutionärer Offiziere, unter denen sich auch Krawtshinski (Stepniak) befand, in Verbindung. Er lernte Peter Krapotkin, Nikolaï Tschaikowsky, Sophie Perowskaja u. a. kennen und schloß sich der Gruppe der „Lichtkometen“ an, die heimlich an die erste Internationale angegliedert war. Um sich der Propaganda besser widmen zu können, quittierte er den Dienst und entschloß sich mit vielen seiner Gesinnungsgenossen „ins Volk zu gehen“. 1874 wurde er verhaftet und vier Jahre in der Peter und Pauls-Festung in Brävensthaft gehalten. Erst 1878 wurde er mit 192 seiner Kameraden vor Gericht gestellt und zu Zwangsarbeit verurteilt. Er büßte die Strafe zwölf Jahre lang in dem Gefängnis von Kara ab, 1890 kam er nach Irkutsk und vermochte es, von dort zu entkommen. In England, wohin er geflüchtet war, gründete er die „Gesellschaft der freien russischen Presse“, wäter die „Liga des agrarischen Sozialismus“ und lebte im übrigen das leidenschaftliche Leben des Exilisten. Seine theoretischen Arbeiten, besonders über die Landfrage, verschafften ihm einen großen Einfluß auf die Propaganda in Rußland. Nach Ausbruch der russischen Revolution zog es ihn unwiderstehlich in die Heimat. Trotz der ersten Anzeichen eines Herzleidens ging er Ende 1905 nach Petersburg und stand sofort mitten in den revolutionären Kämpfen. Seine vollständige Geschichte Rußlands wurde in Hunderttausenden Exemplaren unter der Arbeiterschaft und den Bauern verbreitet. Da er sich von der Polizei bedroht sah, ging er nach Finnland und von dort, als Schwerkranker von einem treuen Freund begleitet, ins Ausland. Der Tod hat ihn in angestrengter Arbeit, in unerschütterter Zuversicht auf den Sieg der Revolution getroffen. Schischko gehörte der sozialrevolutionären Richtung an, aber alle sozialistischen Gruppen Rußlands wie die ganze sozialistische Internationale werden diesem tatbereiten, begeisterten und treuen Kämpfer nachtrauern.

Gewerkschaftsbewegung.

In der Schuhfabrik von Dorndorf in Breslau sind bei den Leistenschnidern Differenzen ausgebrochen. Löhne von 13 und 11 Mk. sind keine Seltenheit.

In Warmbrunn in Schlesien haben die Arbeiter der gräflich Schaffgottsch'schen Holzindustrie einmütig die Arbeit eingestellt.

In der Eisenstruktionsfabrik von Stumpf in Worms legte am Mittwoch das Personal die Arbeit nieder. Die Firma hatte nicht nur von den Arbeitern gestellte Lohnforderungen abgelehnt, sondern sie machte auch noch Vertrauensmänner.

Die Malermeister und der Reichstarif. In Mannheim tagte die Generalversammlung des Badischen Maler- und Linder-Verbandes. Das Vorstandsmitglied des Reichsverbandes, der Malermeister Emil Kruse-Berlin, referierte über den Abschluß des Lohnstarifs. Dieser Herr trat zwar für strikte Einhaltung der den Meistern auferlegten Bedingungen ein, der Ton aber, auf den seine Rede gestimmt war, bewies, daß die Gehilfen noch manchen Strauß mit den Meistern wegen der Auslegung des Vertrages werden ausfechten müssen. Leidenschaftlich rief der Redner den Versammelten zu: „Nützen Sie den Reichstarif im Interesse der Kollegen bis zur äußersten Potenz aus!“

Arbeitsamt und Streikbrechervermittlung. Das städtische Arbeitsamt in Augsburg hat in seiner Geschäftsordnung den Passus, daß bei Streiks und Ausperrungen die Arbeitsvermittlung für die bestreikten Orte und Betriebe eingestellt wird. Diese Gepflogenheit hat sich während der ganzen Zeit des Bestehens dieser Institution sehr gut bewährt. In der Sitzung des Magistrats vom 22. Januar wurde nun ein Antrag angenommen, nach welchem in Zukunft die Vermittlung von Arbeitern nach bestreikten Orten und Betrieben fortgeführt werden soll; den Arbeitssuchenden sollen lediglich durch Anschlag im Arbeitsamt die Orte bekannt gegeben werden, die von Streiks und Ausperrungen betroffen sind. Mit Ausnahme dieses Antrages ist natürlich das paritätische städtische Arbeitsamt zum Vermittlungsbureau für Streikbrecher gemacht worden; daran ändert auch die Bekanntgabe der betroffenen Orte durch Anschlag nichts. Die eigentlichen Urheber des Berichtleistungsantrages sind die Augsburger Unternehmer, die sich bei den kommenden Tarifkämpfen im Baugewerbe und in der Holzindustrie der Tätigkeit des Arbeitsamtes zu ihren Gunsten versicherten. Der Magistrat ist dem Wunsche der Unternehmer prompt nachgegeben und hat sich damit bei den in Aussicht stehenden Tarifkämpfen ohne weiteres auf Seite der Arbeitgeber gestellt.

Eine Geschichte der Bäcker- und Konditoren-Bewegung hat der Zentralverband der Bäcker durch seinen Vorsitzenden O. Allmann herausgegeben. Das zwei Bände umfassende Werk bildet zugleich eine Jubiläumsschrift, die eigentlich dem im Juni stattfindenden Verbandstage vorgelegt werden sollte; am 5. Juni 1910 besteht der Verband nämlich 25 Jahre. Doch das Werk ist mehr als eine bloße Geschichte des Verbandes, es ist im ersten Teil eine interessante kulturgeschichtliche Abhandlung über die Herstellung von Mehl und Brot von den ältesten Zeiten her bis zur Entstehung eines besonderen Bäckerhandwerks. Weitere Kapitel schildern das Bäckerhandwerk im Mittelalter mit seinen Zünften und vielen Zunftgebräuchen, dann die Geschichte des Handwerks in einigen Städten des Reiches, später die Verordnungen der Behörden, die Arbeiterschutzgesetzgebung für Bäckereien und Konditoreien, die Technik im Gewerbe und die fortschreitende Entwicklung zu Großbetrieben. Ist der erste Teil der Entwicklung des Gewerbes gewidmet, so beschäftigt sich der zweite Band mit der Geschichte der Organisation. Nur wenige Organisationen haben wohl unter der Ungunst der Verhältnisse so schwierig und hemmend den Aufstieg bis zur heutigen Höhe der Entwicklung machen müssen wie der Bäckerverband. Lange Zeit bestand bei den Bäckern ganz allgemein die Ansicht, daß die Organisation für sie schon deshalb zwecklos sei, weil die Gehilfenzeit doch nur als Übergangsstadium zur Meisterschaft zu betrachten ist. Dazu kam ein frühzeitig organisiertes Unternehmertum, das 1874 durch Gründung des Innungsverbandes „Germania“ sich einen festen organisatorischen Rückhalt gab. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen Mißmut und mangelndes Selbstvertrauen in den Reihen der Bäcker sich so stark geltend machte, daß die Berliner auf dem Verbandstage 1895 auf eine Auflösung der Organisationen abzielten. Mangelhafte Leitung und kleinliche Streitereien tugen noch ein übriges dazu bei, das Vertrauen auf die Entwicklung einer guten Organisation nicht zu heben. Doch es war gut, daß dem Weistums keine Konzessionen gemacht wurden. Gerade von dem Tage an hat der Verband eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Der Verband hat in den 35 Jahren manche schwierigen Klippen geschickt umsetzt, er repräsentiert jetzt mit seinen über 18 000 Mitgliedern eine ganz respektable Organisation. Seine Geschichte wird schon deshalb einen ehrenvollen Platz in der Gewerkschaftsliteratur einnehmen, weil sie ein wertvolles geschichtliches Dokument über die mühevollen Entwicklung und die schwierigen Kämpfe unserer Deutschen Gewerkschaften bildet. Der Vorstand hat sich dabei ein Verdienst erworben, als er, dem Beispiel anderer Gewerkschaften folgend, dieses Werk seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit vorlegte.

Lohn- und Arbeitsbedingungen in England im Jahre 1909. Der verhängnisvolle Einfluß der wirtschaftlichen Depression auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft wird dralisch durch eine soeben vom englischen Arbeitsamt veröffentlichte Statistik illustriert, der wir folgende Daten entnehmen. Von rund 700 000 Gewerkschaftsmitgliedern, auf die sich die Erhebung erstreckt, waren im Durchschnitt im Jahre 1909 7,7 Prozent ständig arbeitslos, 7,8 Proz. im Jahre 1908. Die entsprechenden Ziffern für frühere Jahre waren: 1905 — 5 Proz., 1906 — 3,6 Proz., 1907 — 3,7 Proz. Im Jahre 1909 erlitten 1 129 511 Arbeiter Lohnherabsetzungen von insgesamt 1 398 180 Mk. wochentlich, während nur 16 481 Arbeiter eine winzige Erhöhung von durchschnittlich 13 940 Mk. pro Woche erzielten. Allein im Textilgewerbe gingen die Löhne um etwa 160 000 Mk. wochentlich für etwa 156 000 Beschäftigte zurück, und um etwa 50 000 Mk. für 50 000 Arbeiter im Maschinen- und Schiffbau. — Eine Änderung der Arbeitszeit wird für 62 753 Arbeiter (ohne die durch das Berggesetz Berührten) berichtet, von denen 1690 nunmehr 3278 Stunden pro Woche länger arbeiten, während die Arbeitszeit für 61 063 Arbeiter um 110 271 Stunden wochentlich verkürzt wurde.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein hartes Militärgerichtsurteil. Das Militärgericht in Braunschweig verurteilte den als unflüchtigen Heerespflichtigen eingestellten Musteier Meise zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und Verjagung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, weil er in der Silvesternacht in voller Betrunkenheit ohne Erlaubnis die Stadt besuchte und nach seiner Arretierung auf der Wachtstube geschimpft, gelärmt und Vorgelegt bedroht hatte.

Eine Illustration zur Gefährdung. Der verheiratete Mühlenbesitzer Max Götz von H. in der frommen Oberpfalz unternahm gegen sein Dienstmädchen mehrere Sittlichkeitsdelikte. Das Mädchen packte schließlich seine Sachen und floh aus dem Hause des Wüstlings. Der ging hin, stellte gegen das Mädchen Strafantrag und trotz aller Beteuerungen wurde das Mädchen wegen Diebstahls verurteilt. Man hatte dem Dienstherrn mehr geglaubt als dem Dienstmädchen. Später, nachdem das Mädchen die Haftstrafe verbüßt hatte, fanden andere Dienstmädchen schließlich doch den Mut, gegen ihren „Herrn“ auszusagen, und nun verurteilte das oberpfälzische Schwurgericht in Amberg den Wüstling wegen Meineids zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus.

Im Arbeitshaus. Vor der Magdeburger Strafkammer erschien dieser Tage, aus der Haft vorgeführt, ein elender Krüppel, der sich schwer bewegen kann und auch die markanten Merkmale des Schwindsüchtigen zeigt. Er ist Korbmacher, aber findet selten Arbeit in seinem Handwerk; denn wer beschäftigt wohl gern so ein menschliches Wrack? Andere Arbeit findet der gedrehte Mensch natürlich erst recht nicht, kann sie auch gar nicht verrichten. Wird er dann aus der Krankenanstalt als sogenannter Gebessener entlassen, steht er stets wieder hilflos auf der Straße und muß betteln. Vom Schöffengericht wurde er schon öfter deswegen bestraft, auch diesmal wieder mit Haft und Überweisung. Die Haft hat er geduldig verbüßt, aber vor dem Arbeitshaus suchte er sich durch Einlegung der Berufung zu retten. Diese wurde aber verworfen, und zwar, wie der Vorsitzende, Geheimrat Rotering, meinte, im eigenen Interesse des Angeklagten. Wohl auf das vermerkte Gesicht des Mannes hin sagte der Vorsitzende: „Es ist das Beste für Sie. Im Arbeitshaus werden Sie gut behandelt und haben Ihre Ordnung.“ Wie aus unzähligen Gerichtsverhandlungen hervorgeht, zieht jeder dergleichen Verurteilte selbst das Zuchthaus dem Arbeitshaus vor. Es muß also wohl nicht ganz richtig mit der Bemerkung des Vorsitzenden über die gute Behandlung im Arbeitshaus sein!

Begnadigt. Der vom Geraer Schwurgericht zum Tode verurteilte Weber Geitner ist vom Erbprinzen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Der 59jährige Mann hatte seine noch nicht dreijährige Entelin Martha Geitner mißbraucht und dann erdrosselt. Es ist dies seit vielen Jahren das erstemal, daß der Erbprinz eine Begnadigung erteilt hat.

Landarbeiterbehandlung in Westfalen. Vor dem Schwurgericht in Dortmund hatte sich der 40 Jahre alte geisteschwache Landarbeiter Johann Rehmann aus Scheidingen bei Unna zu verantworten, der der vorläufigen Brandstiftung in zwei Fällen angeklagt war. Dabei stellte sich heraus, daß mitten in Westfalen auf einem Gutshofe eine förmliche Kolonie von Idioten angesammelt worden ist, die dem Landwirt Schulte zur Heide gar billige Arbeitskräfte abgaben. Der Angeklagte hat verkrüppelte Füße. Wegen seiner Gebrechen hat er vor neun Jahren in Hamburg einen Selbstmordversuch gemacht und mußte dann wegen der Schußwunde sechs Monate im Krankenhaus verbringen. Danach kam Rehmann nach Scheidingen und hat nach der Aussage des Landwirts selbst acht Jahre lang immer willig gearbeitet und still für sich hin gelebt. In den acht Jahren hat der Landarbeiter immer nur die Kost erhalten und ein wenig Zeug zum Anziehen, da der Mann ja nicht nach herumlaufen konnte, aber gar keinen Lohn! In acht Jahren keinen Lohn! Vor dem Schwurgericht gab der Angeklagte die Brandstiftungen zu und erklärte weiter, daß er vom Landwirt immer grob behandelt worden sei, Schimpfworte und Prügel erhalten habe. Er habe nun zu einem anderen Landwirt in Dienst kommen können, der Hof war aber zwei Stunden entfernt, und um von Schulte wegzukommen, habe er das Feuer angelegt, da nach Abtöten der Schweine der Bauer sein Vieh habe verkaufen müssen. Das Zeugenvorhör brachte dann die überraschende Tatsache ans Licht, daß noch weitere drei Landarbeiter, darunter zwei Ausländer, auf dem Gutshof beschäftigt sind, die auch geistig schwach oder idiotisch sind. Der sachverständige Gerichtsarzt erklärte den Angeklagten für hochgradig schwachsinzig, die Brandstiftungen seien in einem Zustande begangen worden, daß § 51 in Betracht komme. Dementsprechend wurde der Mann von den Geschworenen, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, freigesprochen. Die Behörden haben nunmehr allen Anlaß, die eigenartige Vorliebe des Landwirts für geisteschwache, blödsinnige Arbeiter etwas genauer zu beobachten. Nach der Freisprechung sammelten die Geschworenen selbst ungefähr 10 Mk. unter sich und überreichten sie dem Krüppel. Ob das nicht wie glühende Kohlen auf dem Haupte des „wohlthätigen“ Landwirts brannte? Wir glauben — nicht!

Der Prozeß Nottebohm. Am Sonnabend wurde, wie wir schon meldeben, der frühere Redakteur der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“, Adolf Nottebohm, von der Dortmunder Strafkammer wegen tückischer Verleumdung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Aber die Verhandlung berichtet ein bürgerlicher Berichterstatter folgendes: Der Angeklagte wohnte im Jahre 1907 in Unna bei einem Herrn Selig, mit dem er später Prozesse führte. Er und seine Familie lebten in freundschaftlichem Verkehr mit der Familie des Handwebers und Kaufmanns Köhler, der in der Nachbarschaft Nottebohms wohnte und eine Tochter von zwölf Jahren und ein Dienstmädchen von etwa 15 Jahren hatte. Mit diesen beiden soll sich nun der Angeklagte veranlassen lassen haben, das eine Anklage wegen tätlicher Verleumdung gegen ihn erhoben wurde, und dieser Anklage liegen folgende Vorfälle, wie sie der Öffnungsbeschluss darstellt, zugrunde: Etwa in der Mitte des Jahres 1907 fuhr die Frau des Angeklagten mit der Frau Köhler nach Dortmund zum Olympia-Theater, und an diesem Abend soll sich das Dienstmädchen des Köhler, Lina Mai, mit dem zwölfjährigen Tochter ihrer Herrschaft bei Nottebohm in der Wohnung aufgehalten

haben. Der Angeklagte schickte nun angeblich die kleine Köhler einigemal fort, um Bier, Zigarren und Freimarken zu holen, und in ihrer Abwesenheit soll der Angeklagte die Mai in der Nebenstube auf ein Bett geworfen haben, ohne jedoch sein angebliches Vorhaben an dem Mädchen auszuführen. Das Mädchen sprang auf, und da kam schon die kleine Köhler wieder. Das war der erste Fall. Vorher soll der Angeklagte die kleine Köhler selbst, der er bei Schularbeiter befreundet war, etwas zu freundlich angefaßt haben. All diese Beschuldigungen stellt der Angeklagte ganz entschieden in Abrede und behauptet, daß ein Racheakt vorliege und für ein solcher Vorgang überhaupt nicht abgelehnt haben kann. Insbesondere bestreitet er, daß er überhaupt mit den Mädchen, namentlich an jenem Abend, als seine Frau mit der Köhler in Dortmund gewesen sei, allein war. In die er Aussage unterstützt ihn eine Frau Gramke, die bei der Nottebohm Aufwartedienste leistete und aussagte, sie habe stets die Kinder des Angeklagten besorgt und sei an dem betreffenden Abend auch in der Wohnung Nottebohms bei den Kindern gewesen. Der Zeuge Köhler sagt dagegen aus, daß er an dem Abend, der in Frage kommt, nach der Wohnung des Angeklagten gegangen sei, um mit ihm auszugehen. Im Vor der Wohnung des Nottebohms sei ihm die Mai blaß und mit zerzaustem Haar entgegengekommen. Er habe sich aber über diesen Umstand weiter keine Gedanken gemacht und nachher noch in einer Wirtschaft mit dem Angeklagten Karten gespielt. Da sei ihm aber auch das etwas erregte Weib des Angeklagten aufgefallen. Köhler gab zuerst an, daß er nach Kenntnis des Vorfalles mit Nottebohm nicht mehr verkehrt habe; der Verlauf der Verhandlung erweist aber in einigen Punkten ein anderes Bild. Die beiden Mädchen halten heute ihre Aussagen, wobei sie sich allerdings in Widersprüche verwickeln, aufrecht. Die übrige Beweisnahme erstreckte sich in der Hauptsache auf Leumundszugnisse, und diese waren für den Angeklagten den denkbar günstigsten. Es wurde da befunden, daß er stets in bester Eintracht mit seiner Frau gelebt und zu persönlichen Neigungen noch niemals irgend welchen Trieb gezeigt habe. Aber alles dieses vermochte die Aussagen der Mädchen, die wie ein Damoklesschwert über dem Schicksal des Angeklagten schwebten, nicht umzustossen. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Heffter, blieb dabei, daß der Angeklagte schuldig sei; er beantragte gegen Nottebohm eine Gefängnisstrafe von nicht weniger als drei Monaten. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Franz, gab sich die erdenklichste Mühe, für Nottebohm eine Freisprechung zu erzielen. Er führte u. a. in seiner langen Verteidigungsrede aus, daß sein Klient, wenn er wirklich die Absicht gehabt hätte, an dem betreffenden Abend mit der Mai irgend etwas vorzunehmen, doch sicherlich die kleine Köhler mit einem Aufrufe fortgeschickt hätte, der sie länger fernhalten mußte. Er glaube nicht an die Schuld des Angeklagten, der bisher ein einwandfreies Leben geführt habe; er glaube vielmehr daran, daß die Belastungszeugen ihre Aussagen unter einer gewissen Suggestion gemacht, sich selbst der Vorkommnisse nicht mehr bewußt seien. Es berührte auch ferner, daß der Vater der Mai, der schon seit langen Jahren von seiner Familie getrennt lebt und sich bisher nicht im geringsten um seine Frau und seine Kinder bekümmert hatte, nun plötzlich ein so warmes Interesse für seine Tochter an den Tag lege, und Strafantrag gegen den Angeklagten stelle wegen einer Sache, die, wenn sie überhaupt wahr sei, zwei Jahre zurückliege und von äußerst geringfügiger Natur sei. Aber alle diese Momente vermochten es nicht, den Gerichtshof von der Unschuld des Angeklagten zu überzeugen. Das Urteil gegen ihn lautete auf sechs Wochen Gefängnis. In der Begründung hieß es, daß es die Aufgabe des Gerichts gewesen sei, zu prüfen, ob man dem Zeugnis der Lina Mai Glauben schenken dürfe oder nicht. Die Aussage der Mai werde aber durch diejenige des Zeugen Köhler bekräftigt, und es sei doch nicht anzunehmen, daß diese beiden einen glatten Meineid geschworen, sich eines so schweren Verbrechens schuldig machen könnten in einer Sache, die sie selbst nicht mal ins Rollen gebracht haben. Haben diese Zeugen aber die Wahrheit gesagt, so müßte man annehmen, daß die Frau Gramke, eine alte Person, sich in ihren Angaben geirrt habe. Im übrigen sei der Angeklagte wie ein Mann geschildert worden, dem man die Tat nicht zutrauen könne und der stets einwandfrei gelebt habe. Aber selbst solch ein Mann könne einmal eine trübe Stunde haben, und der Gerichtshof nimmt an, daß Nottebohm in solch einem Unglücksmoment gehandelt hat und verurteilt ihn, wie oben angegeben, zu sechs Wochen Gefängnis.

Aus Nah und fern.

Verquamsloch. Wie aus Reuthen (Ober-Sachsen) gemeldet wird, werden im Nichteisenschacht der Giesche-Grube durch ausströmende Brandgase 5 Grubenarbeiter so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Die Seinfahrt. Nach einer Meldung aus Wien ist der Postdieb Robert Fremant, der im Juni vorigen Jahres in einem Wiener Postamt 119 000 Kronen stahl und nach seiner Flucht auf Betreiben Österreichs aus Amerika ausgewiesen wurde, am Dienstag an Bord der „Lusitania“ in Liverpool eingetroffen und dort ins Ortsgefängnis gebracht worden.

Aus dem Buge gekürzt. Wie Berliner Blätter melden, kürzte in der Nähe von Gransee Dienstagabend aus dem in voller Fahrt befindlichen Personenzug Neustrelitz-Berlin ein achtjähriges Mädchen auf das Gleis. Das Kind wurde mit schweren Verletzungen in die Berliner Charité eingeliefert.

Tödlich verkehrt aufgefunden wurde der Viehhändler Platte in Rohren bei Altenburg. Das Gefährt des Viehhändlers kam dort führerlos an. Bei näherem Zusehen fand man den Viehhändler am Fuhrwerk festgebunden

und mit schweren Wunden bedeckt. Halb darauf starb der Mann. Platte hat nachmittags den Altenburger Ort Neuenmühlitz verlassen; zwischen diesem und Rohren muß er überfallen worden sein.

Lavineneinbruch. Aus Bellinzona wird telegraphisch gemeldet: Am Focola-Bach zwischen dem Misoy-Tal und Chiavenna wurden sieben italienische Schmuggler von einer Lavine überrascht, die sechs von ihnen forttrieb; nur einer konnte sich retten.

Gefährdung eines Mörders. Der 20jährige Dienstknecht Heinze, der dieser Tage wegen Einbruchdiebstahls in Okerwitz bei Dresden verhaftet worden war, hat einestanden, am Abend des 20. November 1909 dem 15jährigen Fleischerehring Bösch auf der Landstraße bei Okerwitz in einem Steinbruch aufgelauert und ihn durch dreimaliges Schlagen mit einem Stein getötet zu haben. Daraufhin habe er dem Lebrling die für seinen Weiber einflussierten 60 Mk. abgenommen und sei damit geflüchtet. Wegen der Mordtat waren bereits mehrere Personen unschuldig in Untersuchungshaft genommen worden.

Vergiftet. In Stendal ist die in der Hallstraße wohnende, aus acht Personen bestehende Familie der Grünkämmlerin Tünfer unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich um Kohlenoxydgasvergiftung handelt. Sämtliche Erkrankte sind bewußtlos.

Paris unter Wasser. Nach einer kalten Nacht begann es gestern früh um 6 1/2 Uhr zu schneien; vormittags fiel der Schnee in dichten Flocken, blieb aber nicht lange liegen. Das Wasser steigt immer noch und richtet besonders im zwölften und dreizehnten Arrondissement sowie auf dem Place Maubert, am Pont Neuf, auf dem Place de la Concorde und in Passy großen Schaden an. Der Zwoelften-Bahnhof ist überschwemmt, ebenso die Strecke der Untergrundbahn unter dem Place de la Concorde. Die Orleans-Eisenbahn-Gesellschaft hat den Betrieb infolge des Hochwassers vollständig eingestellt. Mittags stieg die Seine immer noch. Die Kanäle treten im vierten Arrondissement über. Insbesondere gefährdet ist das Javel-Quartier. Der Kriegsminister teilte Paris in fünf Bezirke ein, jeder ist unter dem Befehl eines Majors der Landwehr gestellt, die mit Anordnung der Hilfsleistung beauftragt sind. 120 Seeleute und 74 Boote sind aus den Häfen eingetroffen und nach Alfort beordert, wo nimmere jede Gefahr für das Leben der Menschen beseitigt ist. Die telegraphischen Verbindungen im städtischen und auswärtigen Verkehr sind ziemlich gut gesichert. 4177 Telephonabonnenten sind vom telephonischen Verkehr abgeschnitten. Man erwartet für heute ein weiteres Steigen des Wassers um 80 Zentimeter. Für die im Mauerwerk ausgeführten Brücken hegt man keine Befürchtung, nur die in Eisen aufgeführten können durch die Anhäufung treibender Holztrümmer Schaden erleiden. Voraussichtlich wird der Verkehr auf diesen Brücken unterbrochen. Auch in der Nähe des Bahnhofs St. Lazare und in der Rue de Rome ist der Verkehr eingestellt. Das Wasser dringt in das Kellergeschoss des Rathauses, in die Station für drahtlose Telegraphie des Eiffelturmes und in die Anlage zur Erzeugung komprimierter Luft. Villancourt steht unter Wasser. Das „Journal Officiel“ ist gestern mittag nicht erschienen. Es wird abends in abgeändertem Format erscheinen. Ein Flügel des Ministeriums des Außern mußte nachmittags geräumt werden, da die Mauern infolge des Hochwassers bedenkliche Risse aufwiesen. Auch in den von der Seine entfernten Straßen machen sich die Wirkungen des Hochwassers mehr und mehr geltend. In der vom Boulevard nach dem Place de la Concorde führenden Rue Royal ist der Wagenverkehr eingestellt worden, da in den dort im Bau begriffenen Tunnel der Untergrundbahn Wasser eingedrungen ist. Ein Sammelkanal ist infolgedessen abgebaut, wodurch Entungen hervorgerufen wurden. Im Quai de Louvre traten gerade gegenüber dem Louvre-Museum Entungen ein, jedoch diese Gegend vom Verkehr abgesperrt werden mußte. — Nach Meldungen aus der Provinz steigt auch die Marne noch immer. Der Doubs und die Saone scheinen jedoch zu fallen. Mehrere Tausende, die von dem Unglück betroffen sind, kommen mit ihrer Habe nach Paris.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 26. Januar.
Waren - Butter Rfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Rfd. 1,40 Mk., Hasen 3,50—4,00 Mk., Enten 3,50—4,00 Mk., Kübner 1,00—2,50 Mk., Ruten Etl. — — — — — Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Mk., Gänse Rfd. —, 0—0,85 Mk., Fildgans 2 Mk., Schinken Rfd. 0,95—1,00 Mk., Schweinshopf Rfd. 55—60 Pfg., Wurst Rfd. 1,20—1,40 Mk., Eier 6 u. 7 Stück 60 Pfg., Serringe 6 St. 10 Pfg., Forelle genüg., Süßwasserfische genüg., Karpen Rfd. —, 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Rfd. 1—2 Mk., Schlei Rfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60—70, Hechte Rfd. 70—80 Pfg., Barsche Rfd. 70—80 Pfg., Hal Rfd. — — — — — Mk., Karasische Rfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Munkentohl, d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Rfd. — — — — — Mk., Gurken 100 Rfd. — — — — — Mk., Zwiebeln, hiesige, Rfd. — — — — — Mk., Kerpel, verschiedene pr. 100 Rfd. — — — — — Mk., Kraut pr. 100 Rfd. — — — — — Mk., Kirichen Rfd. — — — — — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pfg., Mand Rfd. — — — — — Pfg.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Damburg, 26. Januar
1. Klasse 246 Drittel zu 133,15 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 22 „ „ 127,96 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung.
Berleger: Th. Schwarzg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Geburt eines Knaben zeigen an
Fritz Masch und Frau
geb. Göttem.
Empfehlen zu 1909 u. 1910 in jeder Menge
Mädchen zur Küche und Hausarbeit.
Stellensachweis des Vereins
der Hausangestellten
Johannisstr. 43, pl. — Tel. 1166.
Öffnet von 4—6 Uhr nachm.
Freiwillige Jagdgesellschaft
mit Zubehör am 2. April zu beim.
Herrn H. Müller, Kantor,
Alte Pflanz bei Neustadt.
2 Damen u. 1 Herrn-Maschinen-
anzug zu vermieten.
Danforthstraße 6. hinten.
2 Damen-Maschinenzüge zu ver-
mieten. Sanderstraße 63. III.
23 Maschinenzüge
zu verm. Holst, Friedrichstr. 2.

Gruppenbild der sozialdemo- kratischen Reichstagsfraktion.

à Exemplar 40 Pig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.